



Wohlstand für Alle

Fördern, Fordern,
Freiheit

Sonderveröffentlichung der
Ludwig-Erhard-Stiftung

Rittal – Das System.

Schneller – besser – überall.

Erfahren Sie mehr:

www.rittal.de/herausforderung-energiewende



Der Klimawandel zwingt uns zum Handeln

Mehr PV- und Windkraftanlagen, mehr intelligente Netze, mehr Trafostationen, mehr Energiespeicher, mehr Ladestationen.

Der schnelle Aus- und Umbau der Infrastruktur kann nur durch Standardisierung sichergestellt werden. Sowohl Engineering, Produkte und Lösungen als auch Strukturen und Prozesse müssen vereinheitlicht werden! Rittal und seine Schwesterunternehmen unterstützen Sie auf dem Weg zur All Electric Society.

SCHALTSCHRÄNKE

STROMVERTEILUNG

KLIMATISIERUNG

IT-INFRASTRUKTUR

SOFTWARE & SERVICE

FRIEDHELM LOH GROUP



Editorial

Dreiklang der Sozialen Marktwirtschaft

Fördern, Fordern, Freiheit – so haben wir das nun vorliegende und inzwischen siebte Heft aus unserer Reihe „Wohlstand für Alle“ betitelt. Wir in der Ludwig-Erhard-Stiftung, die 1967 vom langjährigen Wirtschaftsminister und Bundeskanzler Ludwig Erhard als eine von Parteien und Verbänden unabhängige Institution gegründet wurde, meinen, dass sich mit diesem begrifflichen Dreiklang wesentliche Elemente der Sozialen Marktwirtschaft sehr gut beschreiben lassen.

„Fördern“ und „Fordern“ sind dabei als komplementäre Komponenten in einer freiheitlichen Ordnung zu verstehen. Der handlungsfähige Staat, der seine Stärke vor allem durch eigene Zurückhaltung erlangt, fördert die Bürger, indem er ihnen die Freiheit lässt, ihre Lebensentwürfe entsprechend der individuellen Präferenzen zu verwirklichen. Zugleich hält er aber auch einen Nachteilsausgleich für die schwächeren Gesellschaftsmitglieder bereit, womit die Schaffung von Chancengleichheit adressiert ist.

Spiegelbildlich bedeutet der freiheitliche Ansatz aber auch die an die Bürger gestellte Forderung, Leistungsbereitschaft zu zeigen und ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, was wiederum der Gesellschaft als Ganzes zugutekommt.

75 Jahre ist es nun her, dass Ludwig Erhard im Juni 1948 durch die Freigabe vieler Preise die Marktwirtschaft in Gang gesetzt und die (Wieder-)Erlangung eines beachtlichen materiellen Wohlstands und sozialer Sicherheit möglich gemacht hat. Ein Grund zum Feiern – und doch heißt es: aufmerksam bleiben! Trotz der unmittelbar für jedermann erfahrbaren Erfolge und der erwiesenen Überlegenheit der Marktwirt-



**Prof. Dr. h. c. mult.
Roland Koch,
Vorsitzender der
Ludwig-Erhard-
Stiftung.**

schaft gegenüber sozialistischen Systemen ist der Wettbewerb der Ordnungen wieder voll entbrannt. Auch bei uns im Land werden immer mehr bürokratische, zentral-planerische Elemente wesensfremd und die Freiheit des mündigen Bürgers beschränkend in die marktwirtschaftliche Ordnung gedrückt. Die Marktwirtschaft braucht daher Fürsprecher, die ihren Kritikern und Gegnern nicht Glaubenssätze, sondern belastbare Sachargumente entgegenhalten.

Im vorliegenden Heft kommt dieser Meinungsstreit – der auch eine Chance ist, die eigenen Argumente zu prüfen, ihre Tragfähigkeit zu beweisen und damit besser sichtbar zu machen – in einem Streitgespräch zwischen Ulrike Herrmann, Autorin des Buches „Das Ende des Kapitalismus“, und dem wissenschaftlichen Leiter des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft, Stefan Kolev, zum Ausdruck. Darin wird die derzeit populäre und ironischerweise marktgängige These vom „Ende des Kapitalismus“ den aus meiner Sicht in der Praxis so erfolgreich erprobten marktwirtschaftlichen Argumenten gegenübergestellt. Die Kontroverse zeigt: Die Befürworter der Sozialen Marktwirtschaft müssen lauter werden.

Der größte Teil des Heftes umfasst zahlreiche Beiträge aus allen Blickwinkeln und Erfahrungen, die teils in persönlichen Kurz-Statements die drängenden und mitunter unbequemen Fragen und Herausforderungen bei der Gestaltung unserer Ordnung für Wirtschaft und Gesellschaft beleuchten und klare Antworten geben. Wir wollen auch mit dieser Ausgabe Bürgern, Unternehmern, Politikern und Parteien Mut machen. Die Chancen der Sozialen Marktwirtschaft zu nutzen bedeutet, Wohlstand für alle zu schaffen.



Inhalt

IMPRESSUM

„Wohlstand für Alle – Fördern, Fordern, Freiheit“, Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung in der Holderstock Media GmbH, München

Herausgeber

Ludwig-Erhard-Stiftung e. V.
Johanniterstr. 8, 53113 Bonn

V.i.S.d.P.

Marcus M. Lübbering
(Adresse wie Hrsg.)

Redaktion

Berthold Barth

Schlussredaktion

Renate Haen

Bild, Grafik, Produktion,

Chef vom Dienst

Katja Hösli, Astrid Larsen,
Christine Schille

Verlag

Holderstock Media GmbH,
Seidlstr. 26, 80335 München

Geschäftsführung

Marion Lummer, Sonja Röner,
Dr. Frank-B. Werner

Anzeigen

Belinda Lohse (verantwortlich,
Adresse wie Verlag)
Tel. 089/24 41 80 266;
belinda.lohse@holderstock-media.de

Druck

Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau

Namensbeiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

©2023 für alle Beiträge bei der Holderstock Media GmbH. Nachdruck (auch auszugsweise) nur mit Genehmigung des Verlags

Veröffentlichung gemäß § 8 Abs. 3

Bayerisches Pressegesetz

Gesellschafter der Holderstock Media GmbH, München: Entwurf Partner AG, Hauptstr. 39, CH-9053 Teufen (Verwaltungsrat Pascal Koch, Rechtsanwalt, St. Gallen), Marion Lummer, Sonja Röner (beide Anschrift wie Verlag)

- 3 Roland Koch – Editorial**
Fördern, Fordern, Freiheit
- 6 Werner Plumpe**
Freiburger Hochschullehrer machten sich schon während des Krieges Gedanken über die Nachkriegsordnung. Sie wurden Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft
- 12 Joachim Nagel**
Der Bundesbank-Präsident über 75 Jahre Währungsreform. Eine Erfolgsgeschichte und ihre Fortsetzung
- 14 Hermann Binkert**
Die Soziale Marktwirtschaft ist auch weiterhin akzeptiert
- 16 Achim Wambach**
Deutschland im Standortwettbewerb. Was jetzt getan werden muss
- 18 Ulrike Herrmann, Stefan Kolev, Berthold Barth**
Streitgespräch: Sind Klimaschutz und Marktwirtschaft tatsächlich nicht zu vereinbaren?
- 26 Timm Kehler**
Deutschland kann, wenn es will. Die Erfolgsgeschichte vom Bau der LNG-Terminals
- 28 Hardy Bouillon**
Wie es heute um den Leistungswillen bestellt ist
- 30 Stefan Kooths**
Keine Angst vor Konkurrenz. Die Soziale Marktwirtschaft braucht sich im Systemwettbewerb nicht zu verstecken
- 32 Martin Leschke**
Die Logik der Plattformen führt früher oder später zu Wettbewerbsbeschränkungen. Braucht es Regulierung?
- 34 Patrick Adenauer, Yasar Bilgin, Hansi Flick, Natalie Mekelburger, Sarna Röser, Hermann Simon, Christoph Werner**
Was ist gut an Deutschland? Was könnte besser sein? Prominente äußern sich
- 36 Martin Werding**
Deutschland erlebt einen Alterungsschub. Höchste Zeit, die umlagefinanzierten Sicherungssysteme zu reformieren
- 38 Hans-Jörg Naumer**
Altersvorsorge ganz neu denken. Mehr Kapitaldeckung, aufgeschobene Besteuerung
- 40 Reiner Holznagel**
Zahlreiche Sondervermögen verhindern die Transparenz des Bundeshaushalts
- 42 Roland Koch**
Die Marktwirtschaft muss nicht neu erfunden werden
- 44 Marcus M. Lübbering**
Das hessische Modell des Existenzgrundlagengesetzes ist heute noch Vorbild einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik
- 46 Wolfgang Ockenfels**
Keine guten Zeiten für die Subsidiarität. Sie wird weithin als Ursache von Problemen wahrgenommen – dabei wäre sie die Lösung
- 48 Ulrich Blum**
Die Doppelgesichtigkeit des Neides. Einerseits Todsünde, andererseits Antriebskraft des Kapitalismus
- 50 Gewinnspiel**
75 Jahre Währungsreform. Jetzt mitmachen und interessante Preise gewinnen

Lebe fantastisch #LikeABosch



Bude smart – wie fantastisch ist das denn?

Ob Haushaltsgeräte, Heim- und Gartenwerkzeuge, Smart Home Lösungen oder Heizungs- und Klimageräte – unsere Produkte machen wirklich jede Bude smart. Wir bei Bosch entwickeln ständig neue Technologien, damit du wie DIE FANTASTISCHEN VIER noch einfacher, smarter, gesünder und nachhaltiger leben kannst.

[Mehr unter likeabosch.com](https://www.likeabosch.com)

Technik fürs Leben



BOSCH



Symbol des deutschen Wirtschaftswunders. Am 5. August 1955 läuft in Wolfsburg der millionste Käfer vom Band

Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft

Noch während des Krieges machten sich Freiburger Hochschullehrer Gedanken über den Wiederaufbau. Der Wirtschaftshistoriker **Werner Plumpe** zeichnet die Überlegungen nach, die 1942 in die „Freiburger Denkschrift“ mündeten, die zum Fundament der Sozialen Marktwirtschaft wurde

Über die Entstehung des Konzeptes der sozialen Marktwirtschaft gibt es mittlerweile eine Fülle an Literatur, die allerdings dessen ökonomisch-theoretische Ursprünge gelegentlich ein wenig einseitig in den Vordergrund stellt. Dabei wird naheliegenderweise die Geschichte des ordoliberalen Denkens, das eng mit der Weltwirtschaftskrise der späten 1920er und frühen 1930er verbunden ist, hervorgehoben. Das ist, namentlich der Verweis auf die theoretischen und konzeptionellen Arbeiten Walter Euckens, völlig unstrittig.

Hier liegen in der Tat zentrale Wurzeln des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft, namentlich in Euckens Diagnose des Marktversagens als wesentlicher Ursache des Desasters der Weltwirtschaftskrise, die in erheblicher Weise auch dem Aufstieg und dem politischen Erfolg des Nationalsozialismus den Boden bereitete. Allerdings war das Konzept der sozialen Marktwirtschaft zugleich eine Abrechnung mit der Praxis der nationalsozialistischen Diktatur; zumindest in ihren Grundlagen suchte die soziale Marktwirtschaft auch nach einer Antwort auf die Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit eines sowohl wirtschaftlich gelingenden wie ethisch gerechtfertigten Lebens nach den Verheerungen von Diktatur und Krieg – ein Problem, das ja keineswegs nur mit dem Hinweis auf den besten Weg zum wirtschaftlichen Wiederaufbau zu erledigen war.

Das, was später nach einer Formulierung Alfred Müller-Armacks Soziale Marktwirtschaft heißen sollte, hatte einen viel umfassenderen Hintergrund, ohne den sie im Grunde unverständlich bleiben muss. Denn Erhards bekanntes Plädoyer für das selbst verantwortete Leben, für die Bereitschaft, das eigene Schick-

sal in die Hand zu nehmen, atmete weitgehend den Geist der „Freiburger Denkschrift“ von 1942. Will man die Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft aufklären, ist zunächst ein Blick auf diese zwar viel benannte, aber im Einzelnen häufig nicht wirklich präzise Denkschrift notwendig.

Die „Freiburger Denkschrift“ vom Herbst 1942, in der sich eine Reihe evangelisch geprägter Geistes- und Sozialwissenschaftler, die zumeist an der Freiburger Universität tätig waren, zur Situation ihrer Zeit äußerten, kann in gewisser Hinsicht ähnlich wie die Arbeiten Euckens, der übrigens die wirtschaftspolitischen Passagen der Denkschrift verantwortete, zu den Gründungsdokumenten der Sozialen Marktwirtschaft gerechnet werden. Die Frage, auf die die Verfasser der

Rückgewinnung ethischer Handlungs- sicherheit

Denkschrift um den Freiburger Historiker Gerhard Ritter eine Antwort suchten, war, wie es nach den Verheerungen der nationalsozialistischen Diktatur, der Kriegswirtschaft und den damit verbundenen Problemen weitergehen sollte.

Das war Ende 1942 eine ebenso aktuelle wie gefährliche Frage. Denn die in diesem Kontext angestellten Überlegungen konnten nicht offen mit einer deutschen Niederlage im Krieg kalkulieren, das wäre Selbstmord gewesen, setzten sie aber doch zumindest implizit voraus, dass es eben um Nachkriegsplanungen

ohne und gegen den Nationalsozialismus ging, der einen siegreichen Krieg sicher überlebt hätte. Insofern waren alle Freiburger Überlegungen von Anfang an widerständig – und folgerichtig bezahlten auch einige der Teilnehmer ihr Engagement nach dem 20. Juli 1944 mit dem Tod oder dem Verlust der Freiheit.

Im Zusammenhang der Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft ist vor allem der Ausschnitt der Denkschrift interessant, der sich wirtschafts- und sozialpolitischen Überlegungen widmet, doch ist er ohne einige Vorbemerkungen kaum verständlich. Insbesondere scheint eine kurze Bemerkung zu ihrem allgemeinen Charakter hilfreich, durch die ein bezeichnendes Licht auf deren Verfasser geworfen wird.

Protestantische Wurzel

Der Freiburger Bonhoeffer-Kreis, zu dem zunächst neben Gerhard Ritter und Walter Eucken noch die Nationalökonom Adolph Lampe und Constantin von Dietze gehörten, verstand sich explizit als christliche Runde; die Mehrzahl seiner Teilnehmer gehörte zum Kreis der Bekennenden Kirche, in der sie sich stark engagierten. Zum Teil spielte auch, wie bei Gerhard Ritter, die Herkunft aus einem evangelischen Pfarrhaus eine große Rolle.

Diese protestantische Wurzel der Sozialen Marktwirtschaft ist allein deshalb nicht unwichtig zu berücksichtigen, da schon traditionell in diesem Kontext sozialpolitische, insbesondere Verteilungsfragen eine wesentlich geringere Rolle spielten als in der katholischen sozialpolitischen Tradition. Vielmehr stand der Einzelne in seiner Lebensführung im Vordergrund.

Vor allem aber ist es wichtig zu sehen, dass das Anliegen der Freiburger nicht primär wirtschafts- ➤



Friedrich Meinecke



Gerhard Ritter



Alfred Müller-Armack

» und sozialpolitisch war, sondern es ging vorrangig darum, wie unter den Bedingungen der Zeit ein in christlichem Sinne verantwortbares Leben und Handeln möglich sei und wie der Weg dorthin beschritten werden könne.

Es war Gerhard Ritter, der Verfasser des allgemeinen Teils der Denkschrift, der im ersten Teil klarmachte, was dies hieß. Die Ursachen des nationalsozialistischen Desasters sah er nicht primär politisch oder soziologisch, sondern als Ergebnis der Dominanz eines unchristlichen Materialismus, der sich nicht mehr durch Gottes Gebote gebunden sah, sondern nach Belieben schalten und walten zu können glaubte.

Rückgewinn ethischer Horizonte

Ritter sah selbstverständlich nicht von den historischen Bedingungen ab; namentlich der Ausgang des Ersten Weltkrieges und der Vertrag von Versailles waren für ihn ein Nährboden, auf dem die nationalsozialistische Gewaltherrschaft gut gedeihen konnten. In den allgemein- und außenpolitischen Überlegungen war das Papier daher auch durchaus konsequent gegen die Versailler Ordnung; doch Bedingung einer möglichen Wiederherstellung eines ethisch vertretbaren Zustandes in Deutschland war vor allem eine Wiederverchristlichung des

Landes, ein Zurückgewinnen jener ethischen Horizonte, gegen die die Gewaltherrschaft täglich verstieß. Dieser Rückgewinnung ethischer Handlungssicherheit und eines entsprechenden individuellen Verantwortungsbewusstseins sollte die gesamte politische Erneuerung im Nachkriegsdeutschland dienen.

Der sich so begreifende Widerstand war politisch keineswegs links. Das ist ihm später dann ja auch vorgeworfen worden, doch ist das im vorliegenden Kontext belanglos. Für das gebildete Publikum waren die Freiburger Gedanken jedenfalls seinerzeit durchaus typisch. Auch

Vorstellung von der dienenden Funktion der Wirtschaft

der Historiker Friedrich Meinecke, der sich kurz nach dem deutschen Zusammenbruch programmatisch zu den Ursachen der Katastrophe äußerte, sah ihre tieferen Gründe in dem ethischen Orientierungsverlust, den der Nationalsozialismus ausgenutzt hatte und selbst geradezu mustergültig verkörperte.

Meinecke war freilich agnostisch; er plädierte nicht für eine Wiederverchristlichung des Landes, sondern für eine Rückkehr zum Geist und in die Welt Goethes. Auch das ist späteren Generationen als geradezu hilflos erschienen, doch sollten die Urteile derjenigen, die den Alltag der Diktatur unmittelbar erleben mussten, nicht zu schnell von der Hand gewiesen werden.

Menschenbild ausschlaggebend

Für die wirtschafts- und sozialpolitischen Überlegungen der Denkschrift war das zugrunde liegende Menschenbild jedenfalls ausschlaggebend, im Übrigen nicht nur für die Freiburger. Auch der eigentliche Programmatiker der Sozialen Marktwirtschaft (und wohl auch Schöpfer der Wortverbindung) Alfred Müller-Armack war stark von protestantischen Überzeugungen geprägt.

Ein anderer wichtiger Protagonist ordoliberalen Denkens war der politisch einflussreiche Franz Böhm, der zuvor bereits Kontakte zum Freiburger Kreis und anderen Widerstandsgruppen gehabt hatte. All diese Stimmen sahen in der Wirtschaft jedenfalls keinen Selbstzweck, distanzierten sich mithin scharf von jeder Form des Materialismus, sondern hatten eine genaue Vorstellung von der dienenden Funktion der Wirtschaft, die diese aber nur aus-



Ludwig Erhard



Walter Eucken



Constantin von Dietze

üben konnte, wenn bestimmte Prinzipien beziehungsweise Grundsätze eingehalten wurden.

Hier herrschte dann freilich ein sehr strenger Ton, der namentlich Walter Euckens theoriegestützte Überzeugungen kennzeichnete. Für ihn (und andere) hatte bereits die Weltwirtschaftskrise gezeigt, dass eine willkürliche, sprunghafte und unsystematische Wirtschaftspolitik ins Chaos führen musste; namentlich die nur schwachen Versuche der Weimarer Regierungen, die Regeln einer marktwirtschaftlichen Ordnung auch gegen die organisierten Interessen der Wirtschaft und der Gewerkschaften durchzusetzen, waren in dieser Sicht ausschlaggebend für die nur eingeschränkte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Republik und den schweren Verlauf der Weltwirtschaftskrise.

Sicherung des Wettbewerbs

Hieraus resultierte der erste Freiburger Grundsatz, nämlich die robuste Sicherung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs, um ethisch nicht vertretbare und ökonomisch ineffiziente Machtzusammenballungen zu verhindern. Die Sicherung des Wettbewerbs war in dieser Perspektive eben nicht nur eine Frage der ökonomischen Effizienz, die ja unter Umständen durchaus Machtzusammenballungen zugelassen hätte.

Zwei Säulen: gesicherter Wettbewerb und Preisstabilität

Wettbewerb war vielmehr ein ethisches Gebot, das weit über Fragen der Preisbildung und Gütererstellung hinausreichte. Das galt auch für den zweiten zentralen Gedanken der Denkschrift, der auf die Sicherung der Preisstabilität abzielte. Die durch staatliche Willkür ruinierten monetären Verhältnisse in beiden Weltkriegen, die verheerende Inflation: All das hatte gezeigt, dass die staatliche Instrumentalisierung des monetären Bereichs verhängnisvolle Folgen haben konnte. Gesicherter Wettbewerb unter den Bedingungen von Preisstabilität war somit zugleich eine ethische Forderung wie ein wirtschaftstheoretisches Gebot. Auch wenn die Freiburger Denkschrift sonst recht im Vagen blieb, hier waren zwei Säulen markiert, die in den späteren wirtschaftspolitischen Diskussionen ausschlaggebend werden sollten.

Es war nicht allein diese Denkschrift, die den Weg des ordoliberalen Denkens in das spätere Bundeswirtschaftsministerium bestimmte,

zumal andere Arbeiten insbesondere von Walter Eucken bekannter und damit einflussreicher waren. Die Denkschrift macht vor allem deutlich, dass die Soziale Marktwirtschaft auf eine umfassende Erneuerung der Grundlagen des wirtschaftlichen Handelns zielte, und zwar explizit zugleich als politische wie ethische Forderung. Die Attraktivität dieses Ansatzes, der an den nach 1945 wieder eröffneten Universitäten rasch Einfluss gewann, verdankte sich gerade dieser Verbindung, da sie einen Weg aus der Krise markierte, ohne erneut in planwirtschaftliche oder bürokratische Fallen zu tappen.

Antithese Bewirtschaftung

Gerade die Praxis der Bewirtschaftung und Wirtschaftslenkung, die in der britischen Zone weitgehend, in der amerikanischen Zone immerhin in Teilen noch die alten rüstungswirtschaftlichen Strukturen der Zeit vor 1945 fortsetzte, machte auch viele wirtschaftspolitische „Praktiker“ für Konzepte anfällig, die einen Bruch mit der Kriegswirtschaft als Basis des Wiederaufbaus und der gesellschaftlichen Erneuerung vorsahen, ohne darüber sozialistischen Experimenten das Wort zu reden.

In Ludwig Erhard, dessen Prägun gen auch persönlich einen ►►

►► Bruch mit den älteren, vor allem schwerindustriellen Traditionen der deutschen Wirtschaftspolitik markierten, fanden diese Strömungen einen Ausdruck und einen Vertreter. Erhards Favorisierung der Konsumgüterindustrie, die Vorbehalte gegen die schwerfällige und ineffiziente Wirtschaftsverwaltung sowie schließlich die Vorstellung einer funktionsfähigen Wettbewerbswirtschaft, all das zusammen stand bei der Konzipierung der Währungspolitik nach der Währungsreform von 1948 Pate.

Nicht nur war das Gesetz über die Leitsätze der Wirtschaftspolitik nach der Währungsreform, mit dem die bisherige bürokratische Praxis faktisch über Nacht aufgegeben und eine freie Marktwirtschaft konzipiert wurde, das Werk dieser Gruppe um Ludwig Erhard; sie prägten auch in der Folgezeit die deutsche Wirtschaftspolitik, die sich bereits frühzeitig auch die Unterstützung des ordoliberalen Mainstreams der akademischen Ökonomie sicherte.

„Wohlstand für Alle“

Die so konstituierte wirtschaftspolitische Praxis, für die sich nach und nach Müller-Armacks Wortschöpfung von der Sozialen Marktwirtschaft einbürgerte, war kein starres Konzept, sondern eher eine Kombination von Grundsätzen, die ihren Anker in der durch den Staat garantierten Funktion freier Märkte fand – die ihrerseits wiederum durch das so mögliche hohe Maß wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit „Wohlstand für Alle“ ermöglichen sollten.

Die Soziale Marktwirtschaft war bei ihrer Entstehung und praktischen Durchsetzung daher eine Art Leitvorstellung, die neben den Säulen Wettbewerb und Preisstabilität noch eine weitere Säule umfasste, die Sozialpartnerschaft, die freilich an die funktionierende Marktwirt-

schaft geknüpft war. Kern aller Überlegungen war, dass eine freie Wettbewerbsordnung nicht nur ethisch notwendig war, sondern zugleich wirtschaftlich die höchsten Leistungen erbringen und damit einen umfassenden sozialen Ausgleich ermöglichen würde.

Unverhandelbar war deren Kern: eine robuste, vom Staat im Zweifel energisch verteidigte Wettbewerbsordnung einerseits, eine durch sozialpartnerschaftliche Kooperation ermöglichte produktivitätsorientierte Lohnpolitik andererseits, wobei beides von Geldwertstabilität

Soziale Marktwirtschaft war ein deutsches Spezifikum

abhang. In diesem Rahmen war die konkrete Ausfüllung der staatlichen Wirtschaftspolitik flexibel angelegt.

Müller-Armack, zeitweilig Staatssekretär für Europafragen bei Ludwig Erhard, plädierte keineswegs gegen jedes staatliche wirtschaftspolitische Engagement, doch war ihm klar, dass der Staat eine nur zurückhaltende Rolle in den ökonomischen Alltagsprozessen spielen sollte, ein Ansatz, der für die bundesdeutsche Wirtschaftspolitik bis in die Mitte der 1960er maßgeblich blieb.

Die Soziale Marktwirtschaft war, das ist kaum zweifelhaft, ein bundesdeutsches Spezifikum, das sich aus der Verbindung des ordoliberalen Denkens mit den spezifischen Erfahrungen aus Diktatur und Krieg speiste. In anderen westeuropäischen Ländern herrschte nach dem Krieg ein völlig anderes Kli-

ma: Planungsdenken und straffe wirtschaftspolitische Steuerung im Kontext des nach und nach vorherrschenden keynesianischen Denkens bestimmten die Praxis etwa in Frankreich oder Großbritannien; selbst die USA waren von derartigen Tendenzen keineswegs frei.

Holpriger Beginn

Als die Praxis der Sozialen Marktwirtschaft in den ersten Jahren überaus holprig war und sich zu Beginn der 1950er ein handfestes Zahlungsbilanzproblem für die junge Bundesrepublik abzeichnete, wurden umfassende Rufe nach einer aktiveren Rolle des Staates laut. Doch die junge Republik überwand nicht zuletzt wegen internationaler Hilfe ihre Zahlungsbilanzprobleme; das wenig später einsetzende Wirtschaftswunder brachte nicht nur die massive Kritik aus der SPD zum Verstummen, auch die internationalen Vorbehalte wurden leiser.

Zwar opponierten bedeutende Teile der großen Industrie lange gegen die beabsichtigte Kartellgesetzgebung, da sie aus einer zu strikten Monopolkontrolle Nachteile befürchteten, und auch das Bundeskanzleramt unter Konrad Adenauer hätte gern einen direkten Zugriff auf die Geldpolitik bekommen, doch blieb Erhard hier in den meisten Fragen standhaft beziehungsweise konnte zumindest erste Schritte in Richtung einer umfassenden Sicherung der Marktfunktionen durchsetzen.

Ende der 1950er, als schließlich die SPD in Godesberg ihren Frieden mit der Marktwirtschaft gemacht hatte, konnte sich Erhard im Glanz der Sozialen Marktwirtschaft regelrecht sonnen, der noch weit darüber hinaus strahlen sollte, auch wenn in den 1970ern der alltägliche wirtschaftliche Strukturwandel mit seinen Krisen wieder einsetzte. ■



Deutsche Börse Group

Wir schaffen Vertrauen in die Märkte von heute und morgen

Mit unseren Infrastrukturen ermöglichen wir den Zugang zu sicheren und transparenten Kapitalmärkten und schaffen damit Vertrauen. So ebnen wir auch den Weg für die nachhaltige Finanzierung von Unternehmen und die breite Teilhabe am Erfolg unserer Wirtschaft für Anleger*innen – ganz im Sinne Ludwig Erhards.

www.deutsche-boerse.com



Die Wirtschafts- und Währungsreform von 1948: Basis für stabiles Geld

Der Zweiklang von Währungsreform und Freigabe der Preise ermöglichte das Deutsche Wirtschaftswunder. **Joachim Nagel** blickt auf 75 Jahre Erfolgsgeschichte der D-Mark und ihres Nachfolgers, des Euro, zurück und kündigt eine Fortsetzung des konsequenten Stabilitätskurses durch den EZB-Rat an

Drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges: Die Alliierten haben Deutschland von der NS-Herrschaft befreit und in vier Besatzungszonen geteilt. Es herrschen noch immer Versorgungsnot und Mangelwirtschaft. Fast die gesamte Güterversorgung wird staatlich gelenkt. Man bekommt das meiste offiziell nur über Bezugsscheine oder Zuweisungen.

Die offiziellen Preise sind amtlich festgesetzt. So wird die Inflation verdeckt. Diese stammt aus dem enormen Geldüberhang, den NS-Regierung und Reichsbank seit 1933 zur Finanzierung von Rüstung und Krieg erzeugt hatten. Die Folge: Keiner traut mehr der Reichsmark. Es blüht der Schwarzmarkt mit Warentausch und Zigarettenwährung.

Die Alliierten streiten über die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. An ihren Interessengegensätzen war bereits ein erster Vorschlag für eine Währungsreform gescheitert. Im März 1948 ist die Sowjetunion aus dem Alliierten Kontrollrat ausgetreten. Die drei Westalliierten – die USA, Großbritannien und Frankreich – verfolgen nun eine Währungsreform für ihre Zonen.

Planungen und Vorbereitungen für diese Währungsreform unterliegen strengster Geheimhaltung. Unruhe in der Bevölkerung soll vermieden werden. Unter der Leitung



Dr. Joachim Nagel

ist Präsident der Deutschen Bundesbank und als solcher Mitglied des EZB-Rats. Er ist auch Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung.

des 26-jährigen amerikanischen Ökonomen Edward A. Tenenbaum erarbeiteten deutsche Experten in einer Kaserne in Rothwesten bei Kassel die rechtlichen Vorgaben.

Ihre wesentlichen, von den Besatzungsmächten erlassenen Gesetze treten am 20. Juni 1948 in Kraft. Die D-Mark ersetzt in den drei Westzonen die Reichsmark. Bereits Ende 1947 waren die D-Mark-Banknoten in den USA gedruckt und dann in der Geheimoperation „Bird Dog“ nach Frankfurt gebracht worden.

Ab Sonntag, 20. Juni, werden sie ausgegeben. Jede Bürgerin und jeder Bürger der Westzonen bekommt bei den Lebensmittelkartenstellen

gegen 60 Reichsmark unmittelbar 40 D-Mark und wenig später in einer zweiten Tranche weitere 20 D-Mark. Ab dem 21. Juni ist die D-Mark alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel. Laufende Zahlungen wie Löhne, Gehälter, Versicherungen und Mieten werden im Verhältnis eins zu eins umgestellt. Wer gespart hat, erleidet hingegen herbe Verluste: Reichsmarkguthaben werden schrittweise in einem Verhältnis von weniger als eins zu zehn auf D-Mark umgestellt.

Harter Schnitt

Es war ein harter Währungsschnitt. Viele Sparerinnen und Sparer standen finanziell vor dem Nichts. Aber gleichzeitig wurde der gewaltige Geldüberhang aus der NS-Zeit radikal reduziert. Die Währungsreform legte die Grundlage für das Vertrauen der Bevölkerung in die neue Währung.

Ebenfalls am 20. Juni 1948 wurden die Preise weitgehend freigegeben. Ludwig Erhard, damals Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, war davon überzeugt, dass für den Aufschwung neben einer stabilen Währung ein freies Spiel der Preise unverzichtbar sei. Staatlich vorgegebene Preise unterdrückten die Anreize für unternehmerisches Handeln und Produktivität.

Freie Preise, das wusste Erhard, lenken die Ressourcen dorthin,

wo sie den größten Wohlfahrtsgewinn bewirken. Für diese Stärke der Marktwirtschaft warb Erhard. Er erklärte der westdeutschen Bevölkerung über Rundfunk, „warum wir der neuen Währung Vertrauen schenken können und warum die entschiedene Abkehr vom Prinzip der staatlichen Zwangswirtschaft Voraussetzung des Gelingens der Reform und unserer wirtschaftlichen Gesundheit überhaupt ist“.

Die Währungsreform und die Freigabe der Preise veränderten das Leben von heute auf morgen. Bis zum 20. Juni 1948 hatten Menschen und Unternehmen zwar Geld, nämlich Reichsmark; sie konnten damit aber fast nichts kaufen. Ab dem 21. Juni 1948 gab es wieder Waren gegen Geld, denn es lohnte sich wieder, Waren zu selbst kalkulierten Preisen anzubieten. Unternehmen konnten leichter Vorprodukte kaufen und Investitionen kalkulieren. Und die Bevölkerung bestaunte Schaufenster, die zuvor leer gefegt gewesen waren, sich nun aber schlagartig füllten.

Allerdings hatten die meisten Menschen lediglich die „Kopfquote“ in Höhe von 60 D-Mark. So verdienten sie sich das neue Geld mit harter Arbeit. Trotz sozialer Ungleichheit und weitverbreiteter Armut: Der wirtschaftliche Aufschwung konnte Fahrt aufnehmen. Zentral für die bald einsetzende Erfolgsgeschichte der D-Mark war die neue Notenbank für die Westzonen, die Bank deutscher Länder. Die amerikanischen und britischen Militärregierungen hatten sie zum 1. März 1948 errichtet, die französische Militärregierung schloss sich bald an.

Auftrag der neuen Notenbank war, die Währung zu sichern. Dafür braucht es ein stabiles Preisniveau. Die deutsche Notenbank wurde als



75 Jahre nach Einführung blicken wir auf eine Erfolgsgeschichte der D-Mark zurück

Institution so gestaltet, dass die deutsche Politik sie nicht noch einmal dazu benutzen können sollte, staatliche Ausgaben zu finanzieren. Der Stabilitätsauftrag ging 1957 von der Bank deutscher Länder auf die dann neu errichtete Deutsche Bundesbank über.

Sie hat diesen Auftrag über mehr als 40 Jahre gut erfüllt und dafür international viel Anerkennung erhalten. So lag die Inflationsrate zwischen 1949 und dem Beginn der gemeinsamen Geldpolitik im Euro-Währungsgebiet im Januar 1999 bei durchschnittlich 2,7 Prozent – trotz internationaler Währungskrisen und zweier Ölkrisen. Das ist deutlich niedriger als in den meisten Industriestaaten: So verzeichneten die USA knapp vier Prozent, und auch in der Schweiz lag die Inflationsrate in diesem Zeitraum mit 2,9 Prozent höher.

Seit 1999 ist nun der Euro unsere gemeinsame europäische Währung. Verantwortlich für ihn ist das Eurosystem, bestehend aus den nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten und der Europäischen Zentralbank (EZB). Es wurde nach dem Vorbild der Bundesbank gestaltet: unabhängig von der Politik, föderal, mit dem Mandat, Preisstabilität zu gewährleisten.

Auch der Euro wurde eine stabile Währung: Zwischen 1999 und 2023 betrug die durchschnittliche Inflationsrate knapp zwei Prozent. Sie lag also im Mittel ziemlich genau da, wo sie aus Sicht des Eurosystems und vieler anderer Zentralbanken mittelfristig sein sollte.

Herausforderungen für EZB

Dabei sah sich das Eurosystem erheblichen Herausforderungen gegenüber: der globalen Finanzkrise, der Staatsschuldenkrise im Euroraum, einer Phase mit Deflationsgefahr, der Corona-Pandemie und seit zwei Jahren einer außergewöhnlich hohen Inflationswelle.

Um die hohe Inflation zu brechen, haben wir als EZB-Rat entschlossen gehandelt. Insbesondere haben wir die Leitzinsen konsequent und in einem beachtlichen Tempo angehoben – um mittlerweile (Stand August 2023) 4,25 Prozentpunkte. Wir werden Kurs halten, bis wir die angestrebte jährliche Preissteigerungsrate von zwei Prozent wieder verlässlich erreicht haben.

Heute, 75 Jahre nach Einführung der D-Mark, können wir auf die Erfolgsgeschichte der D-Mark zurückblicken. Die Deutsche Bundesbank und ich als ihr Präsident setzen sich mit aller Kraft dafür ein, dass unsere Kinder und Enkelkinder genauso zufrieden auf den Euro zurückblicken können – in Deutschland und im gesamten Euroraum. ■

Freien Markt und starken Sozialstaat wieder ins Lot bringen

Im Großen und Ganzen ist die Marktwirtschaft auch 75 Jahre nach ihrer Implementierung breit akzeptiert. Wer jedoch tiefer blickt, konstatiert **Hermann Binkert**, macht beunruhigende Feststellungen. Dass die Zustimmung bei jungen Leuten am geringsten sei, zeige Handlungsbedarf

Wer an die Anfangszeiten der Corona-Pandemie zurückdenkt, konnte den Eindruck gewinnen, die Deutschen wünschten sich einen paternalistischen Staat. Je einschneidender die Maßnahmen, die die Politik vortrug, desto größer der Zuspruch bei der Bevölkerung – zumindest in den ersten Monaten. Das „Team Vorsicht“ war zu dieser Zeit weit populärer als das „Team Freiheit“.

Politiker, die der Stimmung folgen wollten, wussten, was sie zu tun hatten. Erst im vergangenen Jahr wuchsen die Zweifel an der Notwendigkeit der Maßnahmen, am Nutzen der Impfung und Politikern, die den Eindruck vermittelten, zu wissen, was richtig sei, aber tatsächlich oft wohl nur nach Zustimmung heischten.

Hätte Ludwig Erhard vor 75 Jahren ebenso gehandelt, es wäre nie zur Freigabe der Preise und zur Währungsreform, zu einem freien wirtschaftlichen Wettbewerb gekommen. Und wenn wir die Deutschen heute fragen, sagen gut zwei Drittel der Befragten, dass wirtschaftlicher Wettbewerb in der deutschen Gesellschaft eine große Bedeutung hat, und nur gut jeder Fünfte verneint dies. Sogar drei Viertel der Befragten sind, unabhängig von der eigenen Situation, der Meinung, dass es wichtig sei, Privateigentum aufzubauen. Nur jeder Siebte (14 Prozent) meint, das sei unwichtig.



Hermann Binkert war Staatssekretär in der Thüringer Staatskanzlei. Er ist Gründer und Geschäftsführer des Markt- und Sozialforschungsinstituts INSA-CONSULERE.

Stellt man die Bürger vor die Frage, ob der deutsche Staat eher die Freiheit des Einzelnen oder eher die Gleichheit aller fördern sollte, findet annähernd jeder Zweite, dass man beides gleichermaßen fördern sollte. Fast jeder Dritte plädiert eindeutig oder eher für die Förderung der Freiheit, weniger als halb so viel (15 Prozent) plädieren eindeutig oder eher für die Förderung der Gleichheit. 54 Prozent stimmen der Aussage zu, dass wirtschaftliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit zwei Seiten einer Medaille sind. Nur 28 Prozent stimmen dieser Aussage nicht zu.

Fast acht von zehn Deutschen bewerten das Konzept der Sozialen

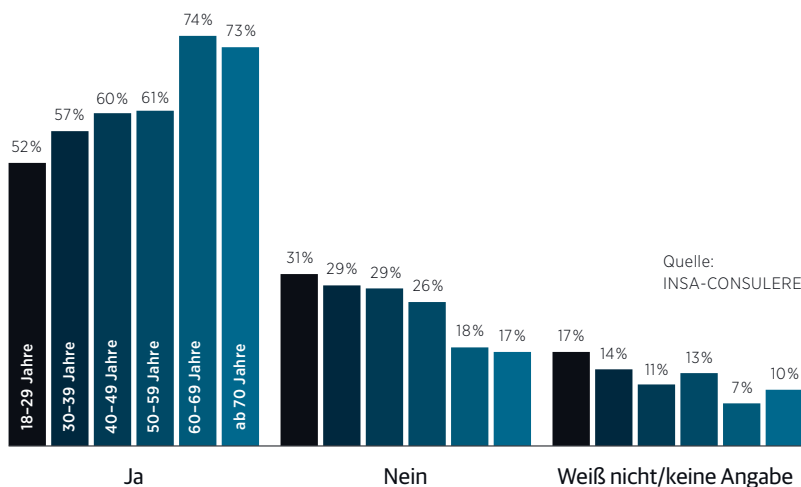
Marktwirtschaft, das maßgeblich vom damaligen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard (1949-1963) geprägt wurde und das Elemente einer freien Marktwirtschaft mit einem freien, wirtschaftlichen Wettbewerb der Marktteilnehmer mit Elementen eines Sozialstaats mit sozialer Absicherung unter anderem für Alte, Kranke und Arbeitslose kombiniert, als „sehr gut“ (37 Prozent) oder „eher gut“ (41 Prozent). Nur jeder Zehnte findet dieses „eher schlecht“ (acht Prozent) oder „sehr schlecht“ (zwei Prozent). Für fast zwei Drittel hat sich das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bewährt, und nur jeder Vierte (25 Prozent) ist gegenteiliger Ansicht.

Große Akzeptanz

Zunächst sind das überzeugende Zahlen für die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Wenn man aber tiefer blickt, stellt man Herausforderungen fest: Die grundsätzliche Zustimmung zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft sinkt mit abnehmendem Alter. Das Gleiche kann auch beim Bejahen der Frage, ob sich das Konzept bewährt hat, beobachtet werden. Außerdem nimmt diese Zustimmung mit sinkendem Einkommen und bei jenen, die sich der Unterschicht zugehörig fühlen, ab.

Auch bei den Parteipräferenzen zeigen sich interessante Unterschiede: Rund drei Viertel der befrag-

Aktuelle Umfrage: Hat sich das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft Ihrer Meinung nach bewährt?



ten Wähler von SPD, Bündnis 90/Die Grünen (je 75 Prozent), Union (74 Prozent) und FDP (72 Prozent) finden, dass sich das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bewährt hat. Bei den befragten AfD- (53 Prozent) und Linke-Wählern (52 Prozent) sagt das nur gut jeder Zweite. Jeweils 37 Prozent der Wähler von AfD und Linken finden entsprechend, das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft habe sich nicht bewährt.

Und wenn man fragt, ob sich freie Marktwirtschaft und starker Sozialstaat aktuell die Waage halten, verneint das derzeit die große Mehrheit von 57 Prozent aller Befragten. Dieser hohe Wert kann die Glaubwürdigkeit der Sozialen Marktwirtschaft gefährden. Nur gut jeder Dritte findet „absolut“ (acht Prozent) oder „eher“ (26 Prozent), dass sich freie Marktwirtschaft und starker Sozialstaat in Deutschland die Waage halten.

Fragt man nun jene Mehrheit, die verneint, dass sich freie Marktwirtschaft und starker Sozialstaat aktuell die Waage halten, welches Element denn derzeit überwiegt, findet jeder Zweite, dass der freie Markt derzeit „eindeutig“ (19 Prozent) oder „eher“ (31 Prozent) vorherrscht. Dass ein starker Sozialstaat „eher“ (19 Prozent) oder „eindeutig“ (15 Prozent) überwiegt, meint hingegen gut jeder Dritte (34 Prozent). Die unter 30-Jährigen sind gespalten darin, ob sie die freie Marktwirtschaft oder den starken Sozialstaat in der Vorherrschaft sehen (44 zu 45 Prozent), die 30- bis 39-Jährigen sehen mit knapper relativer Mehrheit einen überwiegend starken Sozialstaat (44 Prozent), und für eine deutlichere Mehrheit der über 40-Jährigen überwiegt der freie Markt (46-60 Prozent).

Letzteres meinen darüber hinaus mehr Ost- als Westdeutsche (59 zu 48 Prozent) sowie mehr Befragte, die sich links der politischen Mitte

und in der Mitte verorten, als jene, die sich rechts der Mitte sehen (69 beziehungsweise 50 zu 38 Prozent). Nur Wähler der FDP finden mehrheitlich, dass in Deutschland derzeit ein starker Sozialstaat überwiegt (66 Prozent). Wähler der SPD (62 Prozent), der Grünen (79 Prozent) und der Linken (69 Prozent) meinen hingegen, dass der freie Markt überwiegt. Die Wähler von CDU/CSU (jeweils 42 Prozent) sowie der AfD (40 zu 41 Prozent) sind gespalten darin, ob der freie Markt oder der starke Sozialstaat überwiegt.

Die Soziale Marktwirtschaft ist nach wie vor akzeptiert

Meinungsforscher können nur die Stimmung im Erhebungszeitraum messen. In welche Richtung sich die Soziale Marktwirtschaft entwickelt, ob der freie Markt oder der starke Sozialstaat mehr Gewicht bekommt oder alles so bleibt, wie es ist, das haben die Meinungsbildenden in der Hand.

Tatsächlich hat die Soziale Marktwirtschaft ein Dreivierteljahrhundert nach ihrer Implementierung nach wie vor eine große Akzeptanz. Ludwig Erhard hatte damals den Mut, das, was er als richtig ansah, gegen alle Widerstände und Bedenkenträger durchzusetzen. Hätte er damals Demoskopen gefragt, seine grundlegende Währungs- und Wirtschaftsreform wäre nie umgesetzt worden.

Es braucht neuen Mut

Es scheint mir heute wieder dieses Mutes zu bedürfen, um Zustimmung dafür zu gewinnen, dass die Soziale Marktwirtschaft wieder ins Lot kommt. Nur Politiker, die wirklich von ihren Ideen überzeugt sind, werden die Bürger überzeugen. Die Demoskopie kann das Verhältnis von freiem Markt und starkem Sozialstaat nicht ausloten, nur die gefühlte Wirklichkeit spiegeln. Ob es der Politik gelingt, dass das Verhältnis von freiem Markt und starkem Sozialstaat wieder ins Lot kommt und von den Bürgern auch akzeptiert wird, kann gute Meinungsforschung dann wieder messen.

Ersetzen können Meinungsforscher die Meinungsbildenden und Entscheider nicht. Und sie sollten es auch nicht versuchen. ■

Deutschland im Standortwettbewerb – was jetzt getan werden muss

Die Ausgangslage ist beunruhigend. In internationalen Rankings zur Standortattraktivität fällt Deutschland zurück. Insbesondere die Steuerbelastung müsste sinken. **Achim Wambach** diskutiert, wie man die zweifellos vorhandenen Stärken der Bundesrepublik hervorheben kann

Die schlechten Nachrichten über den Standort Deutschland häufen sich: Im Standortranking des ZEW für die Stiftung Familienunternehmen steht Deutschland nur noch auf Platz 18 der 21 betrachteten Industriestaaten. Seit der Erstauflage im Jahr 2006 ist Deutschland um neun Plätze zurückgefallen. In die gleiche Richtung weist das Ranking des International Institute for Management Development in Lausanne: Hier ist Deutschland von Platz 6 im Jahr 2014 auf Platz 22 in diesem Jahr abgerutscht. Nach einer Umfrage des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft denkt jeder fünfte Mittelständler über eine Verlagerung aus Deutschland heraus nach. Mehr als jeder vierte denkt sogar über die Aufgabe des Geschäfts nach. Ausländische Direktinvestitionen in Deutschland sind auf den niedrigsten Stand seit 2014.

Es fällt schwer, bei diesen Nachrichten optimistisch zu bleiben. Ein nüchterner Blick auf die Zahlen hilft, die Stärken und Schwächen des Wirtschaftsstandorts Deutschland besser zu erkennen.

Bei der effektiven Unternehmenssteuerbelastung ist Deutschland mit 29 Prozent gegenüber dem EU-Durchschnitt von 19 Prozent mittlerweile ein Höchststeuerland. Die Steuersenkungen der vergangenen Jahre in anderen Industrienationen



Prof. Achim Wambach, PhD, ist Präsident des ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH in Mannheim.

wie den USA, Frankreich und Großbritannien haben dazu beigetragen, dass Deutschland seit der grundlegenden Steuerreform im Jahr 2008 von einem Land mit mittlerer Besteuerung zu einem mit hoher Besteuerung wurde.

Auch der bürokratische Aufwand ist hier besonders hoch. Dies zeigt sich exemplarisch am Datenschutz, der zwar europaweit einheitlich geregelt ist, aber national unterschiedlich umgesetzt wird. Datenzugriffe, die in anderen europäischen Ländern möglich sind, werden hier regelmäßig untersagt. Die mangelnde Digitalisierung des Gesundheitswesens und der öffentlichen Verwaltung sind auch darauf

zurückzuführen. So liegt Deutschland im Digital Economy and Society Index der EU-Kommission mit Platz 18 bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung unter dem EU-Durchschnitt. Der Digital Health Index der Bertelsmann Stiftung sieht Deutschland auf dem vorletzten Platz von 17 Ländern in Bezug auf die Digitalisierung des Gesundheitswesens.

Doch die Belastung geht weit über den Datenschutz hinaus. So betrug in Deutschland der Erfüllungsaufwand, also der messbare Zeitaufwand und die Folgekosten der Umsetzung neuer Regelungen für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und öffentliche Verwaltung, laut Normenkontrollrat im Zeitraum 2021/22 circa 17 Milliarden Euro.

Doch wie immer – es gibt nicht nur Schatten. Der EY-Investorenumfrage zufolge gewinnt der Standort Deutschland 2023 an Attraktivität, besonders im Vergleich zum Vorjahr. Der Anteil der Befragten, die Deutschland als einen von drei Top-Standorten in Europa bezeichnen, ist im Vergleich zur Vorjahresbefragung von 42 Prozent auf 62 Prozent gestiegen. Grund dafür scheint die souveräne Meisterung der akuten Energiekrise und der Produktionsausfälle zu sein, die sich aus dem Krieg in der Ukraine und den Sanktionen gegen Russland ergaben.

Die Substanz des Standorts ist nach wie vor robust. Bei zentralen Standortfaktoren wie Attraktivität des Binnenmarktes, Finanzierung, Infrastruktur und Institutionen sowie Qualifikation der Arbeitskräfte schneidet Deutschland überwiegend sehr gut ab. Im Jahr 2022 war Deutschland das Land mit dem vierthöchsten BIP weltweit – trotz Energiekrise. Laut einer Umfrage von EY unter Führungskräften internationaler Unternehmen war das hiesige Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte für 83 Prozent der Befragten „attraktiv“ beziehungsweise „sehr attraktiv“.

Der Fachkräftemangel gehört allerdings weiterhin zu den meistgenannten Geschäftsrisiken deutscher Unternehmen. In der DIHK-Konjunkturumfrage des Frühsommers 2023 gaben 62 Prozent der befragten Unternehmen den Fachkräftemangel als Geschäftsrisiko an, womit dieser aktuell das zweitgrößte Geschäftsrisiko nach Energie- und Rohstoffpreisen ist.

Was ist zu tun?

Derzeit legt die Standortpolitik ihre Schwerpunkte auf gezielte Eingriffe in spezifische Märkte. Klimaschutzverträge sollen einzelne Unternehmen zur Umstellung auf nachhaltige Produktion bewegen. Die EU lockert im Rahmen des Green Deal ihre Beihilferegeln, um mehr Subventionen in grüne Technologien zu ermöglichen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck beabsichtigt, einen Industriestrompreis für die sehr energieintensiven Unternehmen einzuführen.

Diese „vertikalen“ Eingriffe in einzelne Wirtschaftszweige mögen im Einzelfall sinnvoll sein und dazu beitragen, dass Unternehmen in Deutschland investieren. Sie können aber eine „horizontale

Standortpolitik“ nicht ersetzen. Die Transformation der Wirtschaft verlangt von allen Unternehmen Umstellungen. Eine gute Standortpolitik trägt dazu bei, dass Investitionen in die Zukunftsfähigkeit auch in jenen Sektoren getätigt werden, die nicht in den Vorteil der Subventionen kommen.

Mittelfristig werden sich in der offenen Volkswirtschaft Deutsch-

Mittelfristig werden sich in der offenen Volkswirtschaft Deutschland die höchsten Unternehmenssteuern nicht durchhalten lassen

land die höchsten Unternehmenssteuern schwer durchhalten lassen. Gerade international tätige Unternehmen rechnen sehr genau, in welchen Ländern sie investieren.

Bundesfinanzminister Christian Lindner hat mit dem geplanten „Wachstumschancengesetz“ unter anderem vereinfachte Abschreibungen ins Gespräch gebracht, um die steuerlichen Standortnachteile zumindest teilweise auszugleichen. Mit einem Volumen von sechs Milliarden Euro pro Jahr sind die Entlastungen im Vergleich zu den Belastungen zum Beispiel durch Körperschaft- und Gewerbesteuer von 117 Milliarden Euro (2022) eher gering.

Die Rufe nach Entbürokratisierung und Digitalisierung der

Verwaltung sind alt, viele frühere Regierungen haben sich dieser Aufgabe gestellt. Dennoch sind die Belastungen der Unternehmen um ein Vielfaches gestiegen, und in der Digitalisierung hinkt Deutschland nach wie vor hinterher.

Erfüllungsaufwand unterschätzt

Dies hat auch mit der politischen Priorisierung zu tun. Eine Aussetzung etwa der Berichtspflichten zur Nachhaltigkeit für drei Jahre würde nicht nur unmittelbar eine Entlastung bringen, sondern auch ein Signal setzen, dass die Entbürokratisierung mit der notwendigen politischen Ernsthaftigkeit verfolgt wird und nicht im politischen Alltag untergeht. Auch die Beauftragung einer unabhängigen Institution mit der Berechnung des Erfüllungsaufwandes, der bei jedem Gesetzesvorhaben angegeben werden muss, könnte einen Beitrag leisten.

Der Erfüllungsaufwand wird häufig unterschätzt: In drei Fallstudien der „Stiftung Familienunternehmen“ zu Entgelttransparenz-, Mindestlohn-, Erbschaftsteuergesetz berichteten die befragten Unternehmen von deutlich höheren Kosten, als für das jeweilige Gesetz geschätzt worden waren. Eine realistischere Einschätzung würde es dem Gesetzgeber ermöglichen, sachgerechter zu diskutieren, welche Belastungen vertretbar sind.

Die Regierung hat damit begonnen, die Planungs- und Genehmigungsverfahren für Windenergie und Stromnetze zu vereinfachen. Das ist ein guter Anfang, aber dabei darf es nicht bleiben. Die Transformation stellt viele Unternehmen vor Herausforderungen, die auch neue Planungen und Genehmigungen erfordern. Transformationspolitik sollte solche Neuinvestitionen beschleunigen. ■



Buchautorin Ulrike Herrmann („Das Ende des Kapitalismus“) und Prof. Stefan Kolev, Leiter des Ludwig-Erhard-Forums in Berlin

Streitgespräch

„Es gibt keine Alternative zum Schrumpfen.“ – „Doch!“

Schließen sich Marktwirtschaft und Klimaschutz aus? Ja, glaubt die „taz“-Redakteurin und Buchautorin **Ulrike Herrmann**: Es brauche eine Planwirtschaft in Friedenszeiten. Ökonomie-Professor **Stefan Kolev** hält dagegen: Nur die CO₂-Bepreisung passe zur Demokratie

Berthold Barth: *Herzlich willkommen zu unserem Streitgespräch. Frau Herrmann, Sie haben 2016 ein Buch veröffentlicht, das den Titel trägt „Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung“. In diesem Jahr haben Sie die Bestsellerlisten mit „Das Ende des Kapitalismus“ erobert. Liegt da nicht ein Widerspruch?*

Ulrike Herrmann: Der 2016er-Titel war ironisch gemeint. Damals ging es um eine Geschichte der ökonomischen Theorie. Unter anderem habe ich mich dort mit der neoklassischen Theorie auseinandergesetzt und gezeigt, dass freie Märkte und Wettbe-

werb weitgehend eine Fiktion sind. Oder anders gesagt: Der echte Kapitalismus kommt in der herrschenden Theorie gar nicht vor. Darauf bezog sich der Titel.

Barth: *„Warum Wachstum und Klimaschutz nicht miteinander vereinbar sind“ lautet die Unterzeile von Frau Herrmanns Buch. Herr Professor Kolev, schließen die sich wirklich aus?*

Stefan Kolev: Zunächst einmal beglückwünsche ich Frau Herrmann zu ihrem unternehmerischen Erfolg. Aber bevor ich mich mit der Frage auseinandersetze, möchte ich noch eines loswerden. Mich als gebür-

tigen Bulgaren haben die Empfehlungen des Buches – nämlich durch eine Planwirtschaft den Lebensstandard auf das Niveau der 1970er einzufrieren – gedemütigt. Ich war acht Jahre alt, als die Wende kam, und bin in Sofia mit Lebensmittelmarken aufgewachsen. In Deutschland stoßen wir heute sieben Tonnen Kohlendioxid pro Kopf und Jahr aus, in Bulgarien sind es fünf. Um Ihr Ziel des Einfrierens der Emissionen zu erreichen, müssten wir zu den Instrumenten von 1990 zurück. Wenn ich das meiner Mutter sage, wird sie das nicht wollen. Ich nehme Ihr An-

liegen ernst, aber zur Essensmarkenwirtschaft wollen wir wirklich nicht zurück. Die Generation meiner Eltern hat sich nach der Wende enorm angestrengt, denen können wir nach 30 Jahren nicht sagen: „Sorry, zurück zur Armut. Für immer.“ Das wäre eine Erniedrigung.

Herrmann: Das ist so nicht ganz richtig. Meine These ist ja, dass wir auf das westdeutsche Niveau von 1978 zurückmüssen. Die reichen Länder müssen verzichten, Bulgarien nicht. Bulgarien ist heute nicht so weit wie Westdeutschland 1978. Also darf Bulgarien noch weiterwachsen – allerdings mit erneuerbaren Energien. Ihre Mutter muss keine Angst haben.

Kolev: Dann nehmen Sie Tschechien und erklären es den Tschechen.

Herrmann: Sobitter es ist: Wir können nicht weitermachen wie bisher. Das Wachstum der vergangenen zwei Jahrhunderte lief über Maschinen, die mit fossilen Brennstoffen angetrieben wurden. Großbritannien, die USA, Deutschland – und eben auch Tschechien – haben große Mengen an Treibhausgasen ausgestoßen. Wenn wir überleben wollen, müssen wir auf klimaneutrale Energie aus Sonne und Wind umstellen. Sie wird aber nicht reichen, um „grünes Wachstum“ zu befeuern. Es geht um „grünes Schrumpfen“.

Barth: *Was bringen denn unsere Einschränkungen, wenn der Großteil der Welt voll auf Wachstum setzt?*

Herrmann: Das ist das Argument von Hans-Werner Sinn: Wenn China jede Menge Kohlekraftwerke baut, warum soll Deutschland dann seinen CO₂-Ausstoß beschränken? Das ist im Prinzip richtig, denn Klimaschutz geht nur global. Allerdings ist zu erwarten, dass es zu einer weltweiten Kooperation kommen wird. Denn die meisten Länder werden von der Klimakrise noch viel härter getroffen als Deutschland. Klima-

schutz ist in ihrem Eigeninteresse. Das Problem ist allerdings, dass es sehr spät sein wird und viele Kippunkte dann überschritten sind.

Kolev: Da haben Sie einen wichtigen Begriff genannt: Kooperation. In der Tat ist die entscheidende Frage, auf welcher Plattform wir internationale Kooperation und Koordination am schnellsten erreichen. Wenn einmal Einverständnis hergestellt ist, dass die CO₂-Emissionen gesenkt werden müssen, bekommt man das meines Erachtens am ehesten über eine CO₂-Bepreisung hin und nicht über die von Ihnen vorgeschlagene Rückkehr zur Planwirtschaft nach

Wir haben nicht genügend grüne Energie

Ulrike Herrmann

dem Vorbild der britischen Kriegswirtschaft im Zweiten Weltkrieg. Wir brauchen ja die stabile Zustimmung der Bürger in möglichst vielen Ländern.

Herrmann: Damit kein Missverständnis entsteht: Ich habe nichts gegen den Markt. Wenn das mit dem CO₂-Preis funktionierte, wäre ich dafür.

Kolev: Das halten wir fest.

Herrmann: Das Problem ist jedoch, dass CO₂-Preise nur funktionieren würden, wenn es grünes Wachstum gäbe.

Kolev: Ich will aber wachsen.

Herrmann: Aber wir haben nicht genügend grüne Energie, um grünes Wachstum zu erreichen. Wenn die Wirtschaft jedoch schrumpfen muss, um klimaneutral zu sein, funktionieren CO₂-Preise nicht. Die Industrierüde zusammenbrechen,

weil sie nicht genug grüne Energie bekommt – und sich gleichzeitig die hohen CO₂-Preise nicht leisten kann.

Barth: *Woher wissen Sie das? Die Zukunft ist ungewiss.*

Herrmann: Das ist Keynes!

Barth: *Auch er hat Richtiges gesagt. Gilt diese Ungewissheit nicht auch für Klimaprognosen?*

Herrmann: Natürlich sind auch Klimaprognosen mit Unsicherheit behaftet. Aber wir stochern nicht im Nebel. CO₂ ist ein gefährliches Treibhausgas; Svante Arrhenius hat das vor 120 Jahren quantitativ beschrieben; seit 40 Jahren werden Modelle gemacht. Ich finde, wir sollten auf Nummer sicher gehen; wir spielen sonst Roulette mit unserem eigenen Leben.

Kolev: Da sehe ich jetzt eine gewisse Ambivalenz. Die neoklassischen Wachstumsmodelle halten Sie für Quatsch, die auf sehr ähnlichen mathematischen Methoden aufbauenden Klimamodelle sollen aber zu 100 Prozent zutreffen. Ich bin da bescheidener: Die Welt ist zu komplex, um sie in Differentialgleichungen punktgenau abzubilden. Insbesondere finde ich, dass das Korsett einer fixen Jahreszahl die Diskussion unnötig einengt. Modelle funktionieren in Bandbreiten: Wir haben ein ernstes Problem, ja. Aber die Welt geht 2050 nicht unter. Die Festlegung auf eine Jahreszahl halte ich für wissenschaftlich unredlich.

Barth: *Könnte das Problem sich nicht auch dadurch erledigen, dass Menschen, Tiere und Pflanzen sich der Klimaveränderung anpassen?*

Herrmann: Wenn wir weitermachen wie bisher, dürfte sich die Welt bis 2100 um vier oder auch mehr Grad erwärmen. Daran können sich Tiere und Pflanzen nicht anpassen. Wir zerstören die Nahrungsketten, von denen unser Überleben abhängt. Noch kurz zurück zu Herrn Kolev. ►►



Ulrike Herrmann und Stefan Kolev beim Streitgespräch über Herrmanns These, „dass wir eine demokratische und private

►► Es ist sogar überoptimistisch, dass Deutschland erst 2045 klimaneutral sein will. Denn bisher ist es in der Realität immer schlimmer gekommen, als es die Klimamodelle vorhergesagt haben. Nur ein Beispiel: Silvester 2022 war es in Deutschland tagsüber bis zu 20 Grad warm – und auch nachts kühlte es kaum ab. Mitten im Winter haben wir also einen Sommertag erlebt. Das wurde eigentlich erst für 2050 prognostiziert.

Kolev: Aber Anpassung wird höchstwahrscheinlich nötig sein. Weil die Schwellenländer nicht auf null bremsen werden, werden wir es noch ziemlich lange mit neuem CO₂ zu tun haben. Die Anpassung kostet aber sehr viel Ressourcen, die wir nicht haben werden, wenn wir, wie von Ihnen vorgeschlagen, auf einen radikalen Degrowth-Pfad abbiegen. Wir brauchen Wachstum und Fortschritt, um zum Beispiel mit der Gentechnik hitzeresistente Pflanzen zu entwickeln. Bei allem Respekt: Schrumpfung ist sicher nicht die Lösung.

Herrmann: Ich sehe das genau umgekehrt. Wir haben einfach nicht genug grüne Energie, um zu wachsen. Wachstum könnten wir nur mit fossilen Energien generieren, und die dürfen wir nicht mehr nutzen, wenn wir nicht untergehen wollen. Deshalb gibt es zum Schrumpfen keine Alternative.

Kolev: Also werden wir alle sterben oder verhungern.

Herrmann: Wenn wir so weitermachen – ja! Aber zum Glück gibt es genügend Stellschrauben, sodass wir nicht verhungern müssen. Deshalb heißt der erweiterte Untertitel meines Buches ja auch: „und wie wir in Zukunft leben werden“. Wir könnten zum Beispiel wesentlich weniger Fleisch essen; denn heute landen 60 Prozent des europäischen Getreides in Tiermägen. Wenn wir Europäer weniger Fleisch essen würden, könnte man damit andere Kontinente versorgen.

Schrumpfung ist sicher nicht die Lösung

Stefan Kolev

Kolev: Ich komme auf meine Eingangsbemerkung zurück: Ihr Bestseller ist eine Dystopie. Ich lese nur von Dingen, die nicht funktionieren können. Dabei verstehe ich nicht, warum Sie die Möglichkeit ausschließen, dass die Lösung mithilfe einer Kombination von technischen Innovationen doch gelingt. Warum sollen die Erneuerbaren nicht effizienter werden? Warum soll die Kernfusion nicht gelingen? Effizientere Netze? Wir sind mit der Evolution bislang immer gut gefahren, war-

um wollen Sie jetzt die Revolution, eine neue Ordnung?

Herrmann: Uns fehlt schlicht die Zeit. Wir müssen demnächst klimaneutral sein. Um die Herausforderung noch einmal zu skizzieren: Momentan tun die Deutschen so, als könnten sie drei Planeten verbrauchen. Es gibt aber nur eine Erde.

Kolev: Ingenieure sind normale Menschen. Da gibt es Optimisten und Pessimisten. Sie bespielen im Buch nur die Tonalität der Pessimisten. Die könnten natürlich recht haben, aber es könnten auch die Optimisten recht haben. Nehmen Sie die Autostadt Zwickau: Da haben mir viele Ingenieurskollegen, die über Jahrzehnte Verbrennungsmotoren konstruiert hatten, oft gesagt, dass Elektromobilität nicht machbar ist. Jetzt rollen immer mehr E-Autos über die Straßen.

Herrmann: Aber diese E-Autos sind nur klimaneutral, wenn sie mit Ökostrom fahren und produziert werden. Der Ökostrom wird aber nicht reichen, damit 50 Millionen E-Autos auf Deutschlands Straßen fahren. Auch die Kernenergie wird dies nicht ändern: Sie hat in Deutschland nie mehr als etwa zwölf Prozent zum deutschen Primärenergieverbrauch beigetragen. Das ist weniger, als heute die Erneuerbaren produzieren. Fällt Ihnen nichts Besseres ein, als immer noch auf die Kernfusion zu hoffen?

Kolev: Es ist zum Mäusmelken, liebe Frau Herrmann. Mir muss doch



Planwirtschaft brauchen, wie die Briten sie hatten, um die Klimakrise zu überleben“

nichts einfallen. Es muss den Akteuren am Markt einfallen. Und ich glaube nicht, dass eine einzige Technologie wie die Kernenergie die Lösung ist – aber einen Teil zur Lösung kann sie sehr wohl beitragen. Und vergessen Sie nicht, dass die Anlagen, die wir in Deutschland haben, alle schon abgeschrieben sind. Das käme auch noch ziemlich preiswert.

Herrmann: Es gibt aber ungelöste Probleme: Wir haben kein Endlager, und es kommt immer wieder zu Störfällen. Die Havarie-Rate liegt bei einem Prozent aller Reaktoren. Sie würden sich in kein Flugzeug setzen, wenn ein Prozent der Flieger abstürzte. Zudem: Neubauten werden immer teurer, sodass Atomstrom gar kein Wachstum generieren könnte. Vor allem aber würden die Uranvorkommen nur 13 Jahre reichen, wenn die Welt ihren gesamten Energiebedarf mit Atomstrom decken wollte.

Kolev: Da berücksichtigen Sie nun überhaupt nicht den technischen Fortschritt ...

Herrmann: Schnelle Brüter, Thorium und so weiter – das ist doch alles nicht verfügbar.

Kolev: Gleichwohl hat unser Nachbar Belgien die Laufzeit seiner AKWs verlängert.

Herrmann: Wer Atomkraftwerke betreibt, braucht Kühlwasser. Und Wasser wird immer knapper. Da ist es doch ein Wahnsinn, auf Atommeiler zu setzen.

Kolev: In Deutschland würde es ja schon viel bringen, die stillgeleg-

ten wieder anzuwerfen. Wie gesagt, die sind abgeschrieben; und es wäre allemal besser, als Kohle zu verfeuern, wie wir das im Moment wieder machen, um die Grundlast bereitzustellen.

Herrmann: Die Grundlast kommt heute aus den Erneuerbaren. Wir brauchen andere Energiequellen nur, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Und die müssen schnell hochzufahren sein. Ein Atomkraftwerk braucht dafür Tage. Nein, für die Spitzenlast eignen sich nur Gaskraftwerke.

Barth: *Kommen wir noch einmal zum technischen Fortschritt zurück.*

Herrmann: Tatsächlich kann man nicht wissen, welche Erfindungen in den nächsten 50 bis 100 Jahren zu erwarten sind ...

Kolev: ... sehen Sie!

Herrmann: So einen wie Sie hatte ich aber auch noch nicht ...

Kolev: Das nehme ich jetzt als Kompliment.

Herrmann: Können Sie. Aber ich glaube, Sie überschätzen die Geschwindigkeit, mit der sich Innovationen durchsetzen. Die ersten funktionsfähigen Computer wurden vor fast 80 Jahren gebaut, aber wir sind heute immer noch nicht komplett digitalisiert. Während Corona mussten die Gesundheitsämter ihre Daten faxen, weil sie noch keine Computer hatten.

Kolev: Über die Zyklen kann man trefflich streiten. Der Ökonom Carl Christian von Weizsäcker hat einmal

die These aufgestellt, die Digitalisierung habe bereits um 500 vor Christus mit der Erfindung der Buchstabenchrift begonnen.

Herrmann: So weit würde ich nicht gehen ... Aber das bestärkt nur meine These: Innovationen brauchen ewig.

Kolev: Danke, aber mein Punkt ist, dass sich innerhalb der langen Wellen der Innovationszyklen viele kleinere zeigen. ChatGPT etwa hat viel schneller Massencharakter erreicht als früher Facebook oder Youtube.

Herrmann: Ich benutze ChatGPT nicht.

Kolev: Aber meine Studenten benutzen es, und das hat das Leben an der Hochschule im Nu umgepflügt. Sie sagten gerade, die Technik sei zu langsam. Was ich beobachte, ist das Gegenteil: Innovationszyklen im digitalen Zeitalter beschleunigen sich.

Herrmann: Werden wir doch konkret: Klimaneutrale Energie lässt sich vor allem durch Wind und Sonne gewinnen. Doch momentan deckt Wind 5,3 Prozent, die Sonne 2,8 Prozent des deutschen Endenergieverbrauchs ab. Wir müssen also noch enorme Mengen an Windrädern und Solarpaneelen installieren. Zudem weht der Wind nicht immer, die Sonne scheint nicht immer. Es ist aber enorm aufwendig, große Mengen an Strom zu speichern. Ich kann es nur wiederholen: Es gibt keine Alternative zum Schrumpfen.

Barth: *Dann bezahlen wir doch aber über den Wohlstandsverlust auch einen Anpassungspreis.* ➔

►► **Herrmann:** Dazu gibt es leider keine Alternative, wenn wir überleben wollen.

Kolev: Manche Kostensteigerungen müssen nicht falsch sein. Sonst würde ja der Ansatz der CO₂-Bepreisung nicht funktionieren. Hohe Kosten führen zum effizienteren Umgang mit Energie und können zu Produkt- und Prozessinnovationen führen. Außerdem dürfen wir nicht vergessen, dass Kosten etwas Dynamisches sind. Solarpaneele waren vor zwei Jahrzehnten noch prohibitiv teuer. Heute nicht mehr. Und was die Innovationen angeht: Denken Sie an die Jahre der harten D-Mark zurück. Die ständigen Aufwertungen waren eine Produktivitätspeitsche.

Herrmann: Es ist richtig, dass Solarpaneele deutlich billiger geworden sind. Leider gilt dies nicht für die Speichertechnologie des grünen Wasserstoffs – und auch nicht für die klimaneutrale Umstellung der Industrie. Zudem gibt es noch ein Problem beim CO₂-Preis: Die Lenkungswirkung ist begrenzt, weil das Geld im System bleibt.

Kolev: Das Geld fließt an Bundesfinanzminister Lindner ...

Herrmann: ... der das Geld demnächst als Kopfgeld wieder ausschütten will. Also haben die Leute das Einkommen, um in die Ferien zu fliegen oder über die Autobahn zu rasen.

Kolev: Aber die relativen Preise ändern sich. Der Mallorca-Flug kostet im Vergleich zu anderen Freizeitaktivitäten deutlich mehr. Also werden viele ihr Verhalten ändern und weniger fliegen oder über die Autobahn rasen. Diese Verhaltensänderungen sind doch das Entscheidende. Wir haben damit den Pfad eingeschlagen, und wenn in jedem Jahr die CO₂-Preise steigen, wird der Konsum der CO₂-intensiven Güter und Dienstleistungen abnehmen. Da wir in jedem Jahr die Ge-

samtmenge, die an CO₂ ausgestoßen werden darf, senken, bewegen wir uns automatisch auf das politisch fixierte Ziel zu. Das kann dann auch die von Ihnen angestrebte Netto-Null sein. Aber die Bürger sind frei – das ist mir wichtig – zu entscheiden, womit sie die mit ihrem Einkommen einhergehenden CO₂-Emissionen auslösen.

Herrmann: Aber wir kommen mit der CO₂-Bepreisung nie auf die Netto-Null, weil wir nicht genug Ökostrom haben.

Kolev: Das stimmt nicht. Ob wir Netto-Null bekommen, ist das Ergebnis eines politischen Aushandelns, mit dem Endpunkt und Länge des Abbaupfades bestimmt werden. Und wenn grüner Strom knapp ist, wird die Lenkungswirkung umso größer sein und werden sich Effizienzgewinne umso schneller einstellen. Falls diese Effizienzgewinne nicht kommen, weil uns keine Innovationen gelingen, wird das Angebot an unverändert CO₂-intensiven Gütern abnehmen. Also passiert über den

Der permanente Ausnahmezustand ist das Ende der Demokratie

Stefan Kolev

Preis genau das, was Sie mit Ihrer Degrowth-Strategie erreichen wollen – nur dass Sie das mit einer zentralen Planungsbehörde vorschreiben wollen und über den Preis der CO₂-Verzicht freiwillig dort passiert, wo den Bürgern die Einsparungen am leichtesten fallen.

Herrmann: Aber wir müssen so schnell wie möglich auf Netto-Null.

Kolev: Ich wiederhole mich: Das ist eine politische Entscheidung. Wenn wir jedes Jahr 20 Prozent weniger Ausstoß erlauben, konvergieren die Emissionen viel schneller gegen Null, als wenn wir jedes Jahr um zehn Prozent reduzieren.

Barth: „Netto-Null sofort“, sagt Frau Herrmann, Prof. Kolev hat nicht diesen hohen Anspruch.

Kolev: Ich fürchte, dass es ohne CO₂-Bepreisung länger dauert. Die Lust, in einer schrumpfenden Wirtschaft zu leben, ist bei den Bürgern nicht besonders ausgeprägt. Deshalb frage ich Sie an dieser Stelle unseres Gesprächs ganz bewusst, wie eigentlich Ihr Menschenbild aussieht. Sie räumen ja in Ihren Büchern selbst ein, dass Menschen sich immer schon auf Märkten getummelt haben, weil sie dort auf friedliche Weise – durch Tausch von Gütern und Dienstleistungen – ihr Leben verbessern konnten. Warum soll das bei diesem Thema nicht funktionieren?

Herrmann: Mit der Natur kann man nicht verhandeln. Deshalb ist der Schrumpfungskurs alternativlos. Sie denken, Sie sind Gott, Sie setzen einen Preis, dann kommt die Technik. Ich mache es umgekehrt: Ich gucke mir die Technik an, um zu ermitteln, was überhaupt möglich ist. Haben Sie einen Plan B?

Kolev: Den brauche ich nicht. Preise – so unvollkommen sie sind, weil etwa Märkte vermachtet sind – lenken. Die Nachfragekurve, das werden Sie nicht bestreiten, ist negativ geneigt. Anders ausgedrückt: Wenn etwas teurer wird, dann wird meistens weniger davon nachgefragt.

Herrmann: Wenn die Nachfrage durch CO₂-Preise sinkt, bricht die Wirtschaft zusammen. Und zwar chaotisch. Deswegen muss man das „grüne Schrumpfen“ planen. Als Vorbild eignet sich die britische Kriegswirtschaft ab 1939. ►►



Flossbach von Storch

Ob eine Entscheidung
richtig ist, entscheidet
allein die Zukunft.

Ob sie der Richtige
trifft, entscheiden
allein Sie.

Niemand weiß, was die Zukunft bringt. Damit aus Zukunft dennoch langfristiger Vermögensaufbau werden kann, braucht es neben Erfahrung, Konsistenz und größter Umsicht jene unternehmerische Freiheit, die in der Unabhängigkeit liegt. Als größter unabhängiger Vermögensverwalter Deutschlands arbeiten wir täglich daran, langfristig attraktive Renditen für unsere Kunden zu erwirtschaften.

KONSEQUENT UNABHÄNGIG

►► **Kolev:** Sie sagten, so einen wie mich hatten Sie noch nicht. Wussten Sie, dass ich auch noch Churchill-Fan bin?

Herrmann: Das freut mich.

Kolev: Soweit ich mich erinnern kann, gab es die nächsten Wahlen nach 1935 erst 1945. Und als nach Kriegsende wieder gewählt wurde, erlitt Churchill trotz des Sieges eine krachende Niederlage.

Herrmann: Aber in der Gesellschaft war sein Kurs akzeptiert.

Kolev: Ich wäre mir da angesichts der grandiosen Abwahl nicht so sicher. Wie in jeder Kriegswirtschaft ging es auch in der britischen ziemlich autokratisch zu.

Herrmann: Aber Churchill war ja kein Diktator.

Kolev: Natürlich nicht, gleichwohl wird diese Zeit von Verfassungshistorikern als einmaliger Einschnitt eingestuft. Die Regierung ordnete all ihr Handeln dem Ziel unter, den Krieg zu gewinnen. Ohne Krieg hätten die Briten eine solche Regierungspraxis nicht akzeptiert.

Herrmann: Mir geht es nicht darum, dass wir die britische Kriegswirtschaft bis ins Detail kopieren. Aber die Analogie ist doch klar.

Kolev: Mir nicht.

Herrmann: Na ja, wie im Krieg müssen wir die Zivilwirtschaft schrumpfen, ohne dass es zu einem Chaos kommt.

Kolev: Aber wir sind nicht im Krieg.

Herrmann: Völlig richtig. Aber wir müssen die Wirtschaft schrumpfen, um zu überleben.

Kolev: Wie ein Krieg ist jeder Ausnahmezustand an Bedingungen geknüpft. Der permanente Ausnahmezustand ist das Ende der Demokratie.

Herrmann: Noch einmal, es geht um's Überleben. Schon bald wird Wasser so knapp, dass man es rationieren muss. Wir sind doch nicht im luftleeren Raum.

Mit der Natur lässt sich nicht verhandeln

Ulrike Herrmann

Kolev: Sonst wären wir ja auch tot.

Herrmann: Ganz ernsthaft. Um die Klimakrise zu überleben, brauchen wir eine demokratische und private Planwirtschaft, wie die Briten sie hatten. Das war kein Sozialismus.

Kolev: Aber ich verstehe auch theoretisch nicht, wie dieses Modell eine Lösung sein soll. In der britischen Kriegswirtschaft ist der zivile Bereich zwar geschrumpft, aber die Produktion von Waffen und Munition schaffte Arbeit. Das glich sich mehr als aus. Sie wollen aber, dass die Gesamtwirtschaft schrumpft.

Herrmann: Trotzdem wird es genug Jobs geben. Klimakrise und Klimaschutz werden enorm viel Arbeit machen. Wir werden die Wälder wiederaufforsten, müssen Wärmedämmungen, Solarpaneele, Windräder und so weiter installieren. Allerdings müssen die Einkommen sinken, wenn insgesamt weniger produziert wird.

Kolev: Sie können doch nicht 20 Millionen Menschen mit Wärmedämmung beschäftigen.

Herrmann: Noch einmal: Mit der Natur lässt sich nicht verhandeln. Wenn wir zunächst weitermachen wie bisher und sich die Klimakrise verschärft, wird der Kapitalismus auch zusammenbrechen, wird es auch zu Rationierung und Planwirtschaft kommen. Da ist es doch schlauer, mit dem Ausstieg jetzt und geordnet zu beginnen.

Kolev: Wo kommt denn in Ihrer Planwirtschaft die Innovation her?

Herrmann: Die Grundlagenforschung kommt auch jetzt vom Staat. Die Impfstoffe gegen Corona hätte es nicht gegeben, wenn die Biontech-Gründer nicht vorher jahrzehntelang an deutschen Universitäten geforscht hätten.

Kolev: Nun, die Erfahrung ist, dass Innovationen in der Regel von Unternehmen oder aus dem Verbund von Forschungseinrichtungen und Unternehmen kommen. Aber kann man sie staatlich planen?

Barth: *Lässt sich eine Planwirtschaft in Friedenszeiten mit unseren demokratischen Prinzipien vereinbaren?*

Herrmann: Momentan gibt es keine Mehrheiten für ein „grünes Schrumpfen“. Aber die Klimakrise wird sich permanent verschärfen. Irgendwann wird auch der Letzte merken, dass es ums Überleben geht.

Kolev: Ich bin fest davon überzeugt, dass der von Ihnen geforderte Wechsel der Wirtschaftsordnung demokratisch nicht zustimmungsfähig ist. Auf die Dauer können Sie entweder Planwirtschaft oder Demokratie haben. Wie wollen Sie Ihren Plan vor diesem Hintergrund realisieren?

Herrmann: Indem ich übers Land ziehe, mit allen rede und sogar versuche, Sie zu überzeugen.

Kolev: Heute ist Ihnen das nicht gelungen.

Barth: *Vielen Dank!*



Diskutanten Ulrike Herrmann und Stefan Kolev (r.) mit Berthold Barth von der Ludwig-Erhard-Stiftung.



Deutsche
Vermögensberatung

Ein guter Coach ist Gold wert.

Als Finanzcoach unterstützt Sie Ihr Vermögensberater bei Absicherung, Altersvorsorge und Vermögensaufbau.

Finden Sie Vermögensberater in Ihrer Nähe online unter www.coach.dvag

Als Deutschlands größte eigenständige Finanzberatung coachen über 18.000 Berater rund 8 Millionen Kunden umfassend zu den Themen Absicherung, Altersvorsorge und Vermögensaufbau. Seit vielen Jahrzehnten entstehen so individuelle Finanzkonzepte, die Menschen weiterbringen – ein Leben lang. Nehmen auch Sie jetzt Kontakt auf und besprechen Sie Ihre Wünsche und Ziele mit Ihrem Vermögensberater.

Deutschland kann, wenn es will

Weniger als zehn Monate dauerte die Errichtung des LNG-Terminals im Jadebusen vor Wilhelmshaven. **Timm Kehler** zeichnet den Kraftakt nach und fordert, dieses Projekt als Blaupause für weitere Infrastruktur- und Energiewendevorhaben zu nehmen

Als am 24. Februar 2022 die russische Invasion der Ukraine begann, war in Regierungskreisen schnell klar, dass diese Aggression nicht nur immense geopolitische und wirtschaftliche Verwerfungen nach sich ziehen würde, sondern auch weitreichende Auswirkungen auf die europäische Gasversorgung zur Folge haben könnte.

Deutschland musste zügig handeln: Die russischen Pipelinelieferungen machten damals mehr als die Hälfte der gesamten Erdgasversorgung aus, im Falle eines Lieferstopps wäre die Versorgungssicherheit rasch gefährdet gewesen. Nur drei Tage nach Beginn des Kriegs trat Bundeskanzler Olaf Scholz vor den Bundestag. In einer Rede von mittlerweile historischer Bedeutung verkündete er die „Zeitenwende“ und präsentierte eine Lösung gegen die einseitige Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen: Die Errichtung zweier LNG-Terminals, eines in Wilhelmshaven und das andere in Brunsbüttel. Gerade Wilhelmshaven, wo Pläne für ein solches Terminal bereits seit den 1970ern wiederholt scheiterten, sollte dabei zu einem beispiellosen Bau- und Energieprojekt in der deutschen Geschichte werden.

Was damals wie eine kurzfristige Kanzlerentscheidung wirkte, war rückblickend das Ergebnis vorausschauenden Handelns der Bundesregierung. Bereits Anfang Februar, einige Wochen vor Beginn des Krieges, meldete sich das Bundeswirt-



Dr. Timm Kehler
ist seit der Gründung
Vorstand und Geschäftsführer von Zukunft Gas,
dem Verband der deutschen
Gas- und Wasserstoffwirtschaft

schaftsministerium in der Chefetage von Uniper. Ob man sich vorstellen könne, das im Jahr 2020 eingestellte Terminalprojekt in Wilhelmshaven wiederaufleben zu lassen, lautete die Frage. Mitte April folgte die interne Entscheidung für die Errichtung.

Schon am 5. Mai fand der Rammschlag am Anleger in Wilhelmshaven in Anwesenheit von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck statt. Fünf Tage darauf verabschiedete das Kabinett den Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Baus der LNG-Terminals.

„Mit dem (...) Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat sich die energie- und sicherheitspolitische Bewertung der Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen (...) fundamental geändert,“ hieß es zur

Begründung des LNG-Beschleunigungsgesetzes (LNGG), das am 19. Mai 2022 im Bundestag verabschiedet wurde und so die Grundlage für das „neue Deutschlandtempo“ schuf. Als Russland unter dem Vorwand einer vermeintlichen Wartung der Ostseepipeline Nord Stream Ende August die Gaslieferungen stoppte, waren die Bauarbeiten am Terminal und der Wilhelmshavener Anbindungsleitung (WAL) bereits in vollem Gange. Schlussendlich vergingen weniger als zehn Monate zwischen der Ankündigung von Kanzler Scholz am 27. Februar und der Eröffnung des neuen, schwimmenden Terminals am 17. Dezember 2022 im Jadebusen.

Schnelligkeit zahlt sich aus

Dieses Tempo trug viel dazu bei, die ständig drohende Gasmangellage im vergangenen Winter abzuwenden und die Speicher für den kommenden Winter zu füllen. Insgesamt können vom Terminal in Wilhelmshaven aus fünf Prozent der gesamten deutschen Energieversorgung abgedeckt werden, eine immense Leistung für ein einzelnes Energieprojekt.

„Verglichen mit anderen Projekten dieser Größenordnung ist der enorme politische Wille zur Umsetzung und insbesondere das hohe persönliche Engagement aller am Projekt Beteiligten zu nennen – seien es Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Auftragnehmer, der Uniper oder der beteiligten Behörden. Zudem kann-

ten wir auf bestehende Planungen für ein ähnliches Projekt aus dem Jahr 2019 zurückgreifen, was die schnellstmögliche Umsetzung und Verkürzung der Projektdauer unterstützt hat,“ erinnert sich Christian Janzen, Projektleiter des LNG-Terminals Wilhelmshaven bei Uniper.

„Als ich im Frühjahr 2022 gefragt wurde, ob wir bis Weihnachten die Anbindungsleitung für ein schwimmendes LNG-Terminal in Wilhelmshaven errichten können, war ich zunächst skeptisch. Doch durch die unermüdliche Arbeit von Politik, Behörden, Unternehmen und der Bürgerinnen und Bürger ist aus der Wilhelmshavener Anbindungsleitung ein echtes Mutmacherprojekt in schwierigen Zeiten geworden,“ ergänzt Dr. Thomas Hüwener, Mitglied der Geschäftsführung von Open Grid Europe (OGE). OGE baute die 26 Kilometer lange Verbindung vom Terminal zum Netzknotenpunkt in Etzel, über die nun jährlich rund fünf Milliarden Kubikmeter Gas in das deutsche Netz eingespeist werden.

Doch trotz Rückendeckung der Bundesregierung war der Bau des Terminals keine leichte Aufgabe: „Die größten Herausforderungen bei der Umsetzung waren neben dem enormen Zeitdruck drohende Engpässe bei den Lieferketten und damit Verzögerungen bei der Verfügbarkeit von Komponenten sowie das unvorhersehbare Wetter bei der Errichtung der seeseitigen Anlagen“, führt Janzen weiter aus.

Reduzierte Anforderungen

Parallel zu den gewaltigen Anstrengungen der beteiligten Unternehmen Uniper und OGE sowie Nports, welche die Hafeninfrasturktur umsetzten, wurde die Errichtung im Rekordtempo nicht zuletzt möglich durch das LNG-Beschleunigungsgesetz. Kern des Gesetzes ist, dass



Tankschiff „Golar Seal“ (l.) bei der Anlandung von LNG über die „Høegh Esperanza“

Politik muss das Deutschland-Tempo Wirklichkeit werden lassen

die Genehmigungsbehörden die Verfahrensbedingungen reduzieren – unter klar definierten Bedingungen. Unterdessen zeigt sich, dass dies ein richtiger Schritt war, bei dem auch die nötigen Umweltanforderungen weiterhin eingehalten werden. In einer zweiten Projektphase soll zudem die aktuell im Einsatz befindliche Floating Storage and Regasification Unit (FSRU) Esperanza der norwegischen Reederei Høegh durch ein Ammoniak-Terminal abgelöst werden.

Nicht nur als Energie-, sondern auch als Bauprojekt ist das Terminal Wilhelmshaven zukunftsweisend. So dauerte es lediglich 194 Tage, um alle Komponenten zu errichten. Ein Novum, denn eigentlich benötigen

Projekte dieser Größenordnung in Deutschland rund fünf Jahre Zeit von der Konzeption bis zum Betrieb.

In einer Rechtfertigung des BMWK zum LNGG wurde damals auf die bestehende Ausnahmesituation durch den Ukraine-Krieg verwiesen. Auch der Klimawandel ist eine Situation, die besonderes Handeln erfordert.

Die Erfolgsgeschichte rund um die Errichtung des Terminals Wilhelmshaven und auch das LNGG sollten daher als Blaupause für alle zukünftigen Energiewendeprojekte dienen. Wir brauchen klare Rahmenbedingungen, weniger Bürokratie und eine Prioritätensetzung, die eine zeitnahe Errichtung vor eine übermäßige Regulierung stellt.

Das LNG-Terminal Wilhelmshaven ist ein exzellentes Beispiel für das funktionierende Gleichgewicht von Freiheit und Verantwortung in der Sozialen Marktwirtschaft. Es zeigt: Wir können, wenn wir wollen. Nun ist es an der Politik, das neue Deutschland-Tempo für weitere Infrastruktur- und Energieprojekte überall Wirklichkeit werden zu lassen. ■

Ist uns der Leistungswille abhandengekommen?

Vom Wirtschaftswunder-Arbeitswillen der Nachkriegszeit zur Work-Life-Balance heute. Gleichwohl glaubt **Hardy Bouillon**, dass die anthropologischen Grundkonstanten für die Aufrechterhaltung des Leistungswillens sorgen. Sie sind auch dafür verantwortlich, dass Menschen sparen

Eine in die Mode gekommene Verschiebung innerhalb der Work-Life-Balance – weniger Arbeiten, mehr Leben – wird von uns unter Ausblendung etwaiger Nebenwirkungen zunächst einmal begrüßt. Einer der Gründe für unser Verhalten dürfte in dem liegen, was man unter Berufung auf Überlegungen des Philosophen David Hume (1711-1776) die fünf anthropologischen Grundkonstanten nennen kann:

1. Der Mensch zieht Güter Übeln vor.
2. Er zieht große Güter kleinen Gütern vor.
3. Er bevorzugt kleine Übel gegenüber großen Übeln.
4. Er konsumiert Güter lieber früher als später.
5. Übel erleidet er indes lieber später als früher.

Greift man nun die drei Grundkonstanten 1, 2 und 4 heraus, dann wird schnell klar, warum weniger Arbeit und mehr Leben wünschenswert sind. Unsere Arbeit mag zwar erfüllend sein, aber sie ist – zumindest in Relation zum Leben (als Inbegriff des Angenehmen) – eher ein Übel denn ein Gut. Neutraler formuliert: Sie ist ein Mittel zum Zweck. Das Leben hingegen (Freizeit, Genuss, Familie) ist für uns ein Gut schlechthin – das Ziel, um dessentwillen wir arbeiten.

Treten nun bessere wirtschaftliche Umstände ein, ändern sich die



Prof. Dr. Hardy Bouillon gehört dem Fachbereich Philosophie der Universität Trier an. Er ist Gründer des Beratungsunternehmens Public Partners.

Dinge. Nun sind gleich viele (oder auch mehr) Güter bei einem geringeren Aufwand möglich. Im Zuge dieser Veränderung kommt uns zusehens der Leistungswille abhanden. Auf den ersten Blick scheint diese Entwicklung keinen Verlust zu bedeuten, schließlich ist die Arbeit nur ein Mittel, kein Selbstzweck. Insofern scheint es zunächst wenig Anlass für Bedenken zu geben, aber der Schein trügt.

Die anthropologischen Grundkonstanten 3 und 5 sind es, die den Leistungswillen in einer Welt, die sich zusehends weniger abverlangt, aufrechterhalten. Sie bewegen uns dazu, die Verschiebung innerhalb

der Work-Life-Balance nicht allzu stark voranzutreiben. Sie lehren uns, dass es unseren Zielen dient, zu sparen; die Zeiten könnten sich ändern, und Vorsorge ist möglich und angeraten.

Wenn der Mensch spart, dann unterstellt er, dass er das begehrte Gut auch später noch konsumieren kann. Vereinfacht gesagt: Solange die Schaffenskraft groß ist, lohnt es sich, die Work-Life-Balance nicht zu sehr zugunsten des Lebens und zum Nachteil der Arbeit zu verändern. Es lohnt sich, für Zeiten zu sparen, in denen es schwerer fällt, für ein besseres Leben zu sorgen. Oder, wie der Volksmund lehrt: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not! Ohne Vorsorge treten Übel früher ein als später – etwas, was wir nicht wollen. Insofern ist „mehr Arbeit jetzt“ das kleinere Übel gegenüber dem größeren Übel „mehr Arbeit später“.

Es versteht sich von selbst, dass das Sparen erleichtert wird, wenn die aufgesparten Güter wertstabil oder gar renditeträchtig sind. Insofern ist die Marktwirtschaft der ideale Ort, an dem für die individuelle Vorsorge gut gesorgt ist und der Mensch mit Erhard sagen kann: „Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.“

FOTO: PRIVAT

**Sie haben eine
Geschichte?
Wir erzählen sie.**

Klartext. Mut. Haltung.

WMP
Das Original

wmp-ag.de

Mut zu echtem Systemwettbewerb

Neuerdings werden Subventionen auch mit dem Systemwettbewerb begründet. Das mündet in einen Subventionswettlauf, bei dem oftmals gar nicht klar ist, wer auf wen antwortet, beobachtet **Stefan Kooths**. Dabei wäre eine dezidiert marktwirtschaftliche Ordnung der natürliche Gewinner

Krisen, Instabilitäten, Abhängigkeiten – die grassierende Verunsicherung über die ökonomische Entwicklung nährt Zweifel an der Stärke des Wirtschaftssystems. Das ist auch gut so. Allerdings steht vor einer heilsamen Therapie die richtige Diagnose, sonst wird die Lage nur noch schlimmer. Das gilt insbesondere dann, wenn zunehmend systemwidrige Interventionen – etwa eine dirigistische Industrie- und Regulierungspolitik – die Probleme vergrößern, diese Fehlschläge aber als Makel der Marktwirtschaft angekreidet werden und sich die Interventionsspirale so nur noch weiter dreht.

Immer neue Etiketten, die der Marktwirtschaft angeheftet werden, wirken in eine ähnliche Richtung. So soll sie fortan nicht nur „sozial“ sein, sondern auch nachhaltig, inklusiv, ökologisch und manches mehr. Das schürt weiteres Misstrauen, weil es dem Eindruck Vorschub leistet, die Marktwirtschaft sei wie ein Raubtier, das mit allerlei Fesseln gebändigt werden müsse, bevor sich Menschen auf sie einlassen könnten.

Dem steht gegenüber, dass die Leistung der (verbliebenen) marktwirtschaftlichen Elemente den meisten als so selbstverständlich gelten, dass über diese Erfolge und ihre Voraussetzungen kaum nachgedacht wird. Das verstellt den Blick auf die relevanten Alternativen.

Die Marktwirtschaft schafft kein Schlaraffenland, sondern sie löst die allermeisten sozioökonomischen



Prof. Dr. Stefan Kooths ist Direktor des Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum im Kiel Institut für Weltwirtschaft und Vorsitzender der Hayek-Gesellschaft.

Koordinationsaufgaben besser als jedes andere bekannte Allokationsverfahren. „Wunder“ kann sie nicht vollbringen, aber sie besteht auch so den Systemwettbewerb.

Im Dreiklang aus „Fördern, Fordern, Freiheit“ steht in der Marktwirtschaft die Freiheit an erster Stelle. Sie prägt sich aus in Konsumenten- und Produzentenouveränität sowie einer wettbewerblichen Koordination der ökonomischen Akteure über ein dezentrales Preissystem. Im Ergebnis richten sich so die Produktionsstrukturen auf diejenigen Güter aus, die den Konsumenten am wichtigsten sind. Wettbewerb wirkt hierbei als Entmachtungs- und Entdeckungsverfahren und bewirkt so das eigentlich „Soziale“ in der Sozialen Marktwirtschaft.

Als Entmachtungsverfahren bietet der Wettbewerb Schutz sowohl vor staatlicher Macht (die überall dort schwindet, wo Märkte an die Stelle von Behörden treten können) wie auch vor privater Macht. Märkte offen zu halten (und nicht etwa protektionistisch abzuschotten) ist daher neben der Rechtsordnung die vornehmste wirtschaftspolitische Aufgabe des Staates in der Marktwirtschaft. Jede Verstaatlichung privatwirtschaftlicher Aktivität geht immer mit bürokratischen Machtpositionen einher. Denn kein Monopol ist schwerer zu knacken als das des Staates. Auch das gehört zum Abwägen relevanter Alternativen.

Partikularinteressen abwehren

Je interventionistischer sich ein Staat aufstellt, desto mehr Angriffsfläche bietet er für gut organisierbare Partikularinteressen, die gerade nicht dem Gemeinwohl dienen wollen, sondern mit staatlichem Flankenschutz viel lieber unliebsame Wettbewerber aus dem Aus- und Inland auf Distanz halten. So bewirkt jede Regulierung, die Großunternehmen leichter schultern können als ihre kleinen und mittleren Konkurrenten, eine Wettbewerbsverzerrung. Das gehört bei der Abwägung „Staat versus Markt“ immer dazu.

Wettbewerb als Entdeckungsverfahren fördert einen Großteil des für ökonomische Entscheidungen relevanten Wissens erst zutage und speist es über Preissignale in einen sozioökonomischen Koordinations-

prozess ein. Dieses über alle Akteure verstreute, kaum formalisierbare Wissen bleibt einem Zentralverwaltungssystem verborgen. Der Vergleich zwischen der mitunter rauen marktwirtschaftlichen Realität mit den Optima der Wohlfahrtsökonomik steht daher schon aus diesem Grund zumeist nicht für die relevanten Alternativen. Hinzu kommen Anreizprobleme – auch Bürokraten haben individuelle Ziele, die dem Gemeinwohl entgegenstehen können – und dynamische Aspekte. Das Spektrum, in dem der Planer optimiert, bliebe ein Nirwana, wenn es nur nach statischer Effizienz ginge.

Was oft übersehen wird: Das Preissystem als Ganzes sorgt im Regelfall nicht nur für eine zweckmäßige Allokation knapper Ressourcen, sondern wirkt aus sich heraus inklusiv, indem es die ökonomischen Akteure in der Breite an Produktivitätsgewinnen beteiligt. Ein Beispiel: Herrenhaarschnitte dauern für gewöhnlich 20 Minuten. Seit der Erfindung von Messer und Schere ist praktisch kein physischer Produktivitätsfortschritt erkennbar. Gleichwohl können sich Herrenfriseur*innen heute von ihrer Arbeit ungleich mehr Konsumgüter kaufen als früher. Der Grund liegt darin, dass in den Produktivitätskernen – also jenen Bereichen, wo physische Produktivitätsfortschritte über Wissensfortschritte und Kapitalakkumulation erzielt werden – die Opportunitätskosten als Kosten des Selbermachens steigen.

Preissystem wirkt inklusiv

Müssten sich etwa zwei Softwareentwickler mit einem Stundenlohn von je 90 Euro gegenseitig die Haare schneiden, entginge ihnen eine Arbeitszeit im Wert von 30 Euro (vom Frisurergebnis einmal ganz abgesehen). Wer anbieten kann, ihnen diese Opportunitätskosten vom

Hals zu halten, kann mit einer maximalen Zahlungsbereitschaft von knapp 30 Euro je Haarschnitt rechnen. Steigt die Produktivität in der Softwareentwicklung, nimmt diese Zahlungsbereitschaft weiter zu.

Was im einzelwirtschaftlichen Kleinen gilt, zeigt sich auch im gesamtwirtschaftlichen Großen: Die Wertproduktivität (die Kaufkraft je Arbeitsstunde) entwickelt sich zwischen den Wirtschaftsbereichen deutlich gleichmäßiger als die Volumenproduktivität (physische Pro-

Das Preissystem als Ganzes ist aus sich heraus inklusiv

duktivität je Stunde). Dahinter steht das Prinzip der komparativen Kostenvorteile, das jedem bei offenen Märkten – auch den vermeintlichen Produktivitätsunderdogs – eine Teilhabe am gesamtwirtschaftlichen Einkommenszuwachs sichert.

Im marktwirtschaftlichen Gefüge vollzieht sich dies fast geräuschlos über Relativpreisänderungen: Die Absatzpreise der Produktivitätskerne bleiben systematisch hinter denen der Produktivitätsbrachen zurück. In der Folge schwappt ein Teil der Kaufkraftgewinne dorthin, wo keine direkten Fortschritte möglich sind. Ein umverteilender Staat wäre mit dieser Aufgabe heillos überfordert. Er sollte sich daher aus der Preis- und Lohnregulierung heraushalten und sich in seinen sozialpolitischen Ambitionen auf diejenigen konzentrieren, die sich bislang nicht ökonomisch betätigen können. Idealerweise dadurch, dass er sie be-

fähigt, es zukünftig zu können. „Fördern und Fordern“ haben hier ihren Platz, nicht aber in der Subventionsvergabe (Fördern) und in kleinteiliger Regulierung (Fordern) der wertschöpfenden Prozesse. Das können Märkte besser als Bürokraten.

Subventionen sind schädlich

Umsätze muss sich niemand genehmigen lassen, Subventionen schon. Sie gehen mit einem unproduktiven bürokratischen Aufwand einher. Anträge müssen gestellt, geprüft und im Vollzug überprüft werden. Bei unvorhergesehenen Änderungen (dem Normalfall im Wirtschaftsgeschehen) wird das System noch schwerfälliger. Zudem entfalten die Kriterien eine Eigendynamik. Was immer auf der politischen Agenda steht (zum Beispiel Tariftreue, Frauenförderung) wird Teil der Vergaberichtlinien. Subventionen machen so aus Unternehmern zunehmend Bittsteller und Befehlsempfänger. Nicht wegen böser Absichten, sondern aus der inneren Systemlogik heraus.

Neuerdings werden Subventionen vermehrt mit dem Systemwettbewerb begründet. Das mündet in einen Subventionswettbewerb, bei dem oftmals gar nicht klar ist, wer auf wen antwortet, weil Aktion und Reaktion eine diffuse Kette bilden. Im Ergebnis werden so die marktwidrigen Eingriffe hierzulande repliziert, wodurch nicht die übrige Welt marktwirtschaftlicher, sondern der eigene Wirtschaftsraum immer interventionistischer wird.

Mit Systemwettbewerb hat das nichts zu tun. Man imitiert nur den Dirigismus anderer. Die Europäer hätten gute Gründe (aus Erfahrung wie aus Einsicht), das Erfolgsmodell einer dezidiert marktwirtschaftlichen Ordnung zu stärken und sich somit selbstbewusst dem Systemwettbewerb zu stellen. ■

Plattformlogik und Wettbewerb

Plattformen stiften ihren Nutzern großen Nutzen. Der positive Rückkopplungseffekt führt jedoch dazu, dass manche Plattformen eine kritische Größe überschreiten und zur Gefahr für den Wettbewerb werden. **Martin Leschke** gibt einen Überblick, wie man damit umgehen sollte

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein wohlstandsförderndes Instrument, sofern sie auf fairen und zugleich freiheitssichernden Regeln beruht. Die freiheitliche, durch Regeln gesteuerte Marktwirtschaft wird allerdings nur dann wünschenswerte Innovationen (Produkt und Verfahrensfortschritt) hervorbringen, wenn Wettbewerb vorherrscht.

Der österreichische Nobelpreisträger (Wirtschaftswissenschaft) Friedrich August von Hayek bezeichnet(e) den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. Erst der Wettbewerbsprozess gibt den Unternehmen den Anreiz, stetig innovativ zu sein, und er vermag aufzudecken, welche Neuerungen gewollt sind und welche nicht.

Märkte funktionieren allerdings oft erst dann gut, wenn sie mit Plattformen verbunden sind. Der Wochenmarkt für Lebensmittel benötigt als Plattform einen festen Ort, den die Leute kennen und der gut zu erreichen ist. Güter und Leistungen, die von einzelnen Unternehmen vertrieben und angeboten werden, nutzen natürlich nicht nur einen (geografischen) Ort, sondern viele Vertriebskanäle. Auch nutzen Unternehmen oftmals Informationsplattformen, um auf ihre Angebote aufmerksam zu machen.

Durch den Einsatz digitaler Technologien können Plattformen große Netzwerke von Anbietern und Nutzern aufbauen und sogar weltweit agieren. Dies ermöglicht es



Prof. Dr. Martin Leschke
lehrt Institutionenökonomik an der Universität Bayreuth und ist einer der Herausgeber des „ORDO-Jahrbuchs“.

den Plattformen, schnell zu wachsen und eine recht große Macht gegenüber Anbietern und Nachfragern zu erlangen. Dieses schnelle Wachstum beruht auf dem „Prozess positiver Rückkopplung“: Eine steigende Zahl an Nachfragern macht die Plattform attraktiv für Anbieter, und mehr Anbieter auf einer Plattform sind attraktiv für Nachfrager. Insgesamt bieten Plattformen aber nicht nur Chancen, sondern führen auch zu Herausforderungen.

Plattformökonomien eröffnen vielfältige neue Geschäftsfelder und Chancen: Sie schaffen – erstens – neue Möglichkeiten für Unternehmer und Anbieter, ihre Produkte und Dienstleistungen einem breiten Publikum anzubieten. Die niedrigeren Eintrittsbarrieren ermögli-

chen es auch Start-ups und kleinen Unternehmen, Kunden auf globaler Ebene zu erreichen. Durch Automatisierung, digitale Prozesse und eine breite Verfügbarkeit von Informationen können Plattformen – zweitens – Kosten senken und den Zugang zu Produkten und Dienstleistungen erleichtern. Dadurch können Transaktionen und Interaktionen zwischen Anbietern und Nutzern effizienter gestaltet werden.

Drittens können Plattformen auch dazu dienen, Innovation und Kollaboration zu unterstützen. So können zum Beispiel durch offene APIs (Schnittstellen) Dritte Anwendungen entwickeln, die auf der Plattform aufbauen und so Innovationen vorantreiben. Viertens bieten Plattformen Verbrauchern eine größere Auswahl an Produkten und Dienstleistungen, höhere Preistransparenz sowie die Möglichkeit, Produkte und Dienstleistungen zu bewerten. Und zu guter Letzt können durch Plattformen auch Arbeitsplätze und Arbeitssuchende flexibel und schnell „gematcht“ werden.

Problematische Marktmacht

Mit Plattformen sind aber nicht selten auch Nachteile verbunden. Zwar generieren sie mit steigender Kundenzahl einen steigenden Nutzen (für die Kunden). Aber mit dem Wachstum können sie eine starke Marktposition erreichen und Wettbewerber vom Markt verdrängen. Dies wird durch relativ hohe Fixkosten in Form von Markteintrittskosten

oder Kapazitätskosten und sehr geringe variable Kosten verstärkt. Dadurch entstehende Netzwerk- beziehungsweise Skaleneffekte bewirken dann, dass der Wettbewerb zulasten der Verbraucher eingeschränkt wird.

Auch Marktmissbrauch kann eine Folge sein. Plattformen sammeln oft große Mengen an Daten über ihre Nutzer. Datenschutzverletzungen beziehungsweise Verletzungen der Privatsphäre können eine Konsequenz sein. Durch Schnellvermittlungen und kurze Arbeitsverträge innerhalb der sogenannten „Gig Economy“ können Arbeitsmarktveränderungen dergestalt eintreten, dass sich die Bedingungen für versicherungspflichtige Langfristverträge verschlechtern.

Vor dem Hintergrund der Vor- und Nachteile der Plattformökonomien könnte man versuchen, genauer den Nutzen und die Kosten zu quantifizieren, um gegebenenfalls zu dem Ergebnis zu kommen, Plattformökonomien in bestimmten Bereichen zuzulassen und in anderen Bereichen zu verbieten. Allerdings würde man sich damit der Vorteile der Plattformen in den Verbotsbereichen berauben. Vor diesem Hintergrund würde sich eine Regulierung von Plattformökonomien – zumindest in prekären Bereichen – anbieten, um die Nachteile zu begrenzen.

Schwierige Besteuerung

Befürworter einer (strengen) Regulierung von Plattformökonomien übersehen allerdings oftmals, dass das deutsche und europäische Wettbewerbsrecht bereits wirksame „Waffen“ gegen die Ausnutzung von Marktmacht besitzt. So kann im Rahmen der Missbrauchsaufsicht sowohl in den EU-Staaten als auch auf der EU-Ebene die missbräuchliche Ausnutzung einer beherrschenden Stellung wirksam geahndet

werden. Weiterhin bestehen Regulierungen aus dem Arbeitsrecht und dem Datenschutz, die natürlich auch auf Plattformunternehmen angewendet werden (müssen).

Schwieriger ist es, eine gerechte Besteuerung von Plattformunternehmen durchzusetzen; denn insbesondere digitale Plattformunternehmen agieren oft global und ge-

Eine Plattform, die eine kritische Größe überschreitet, wird zum markt- dominanten Akteur, der andere Wettbewerber verdrängt

stalten ihre Steuerstruktur so, dass sie fast keine Steuern zahlen müssen. Auch gibt es die Tendenz, dass Dienstleistungen an private Kunden über Onlineplattformen durch kleine Anbieter bisweilen nicht (vollständig) gemeldet werden.

Ein weiteres Problem ist die Haftung. Hier ist umstritten, ob Plattformintermediäre für Handlungen haften sollen, die von Dritten initiiert, aber über sie durchgeführt werden. Der EuGH verlangt von Plattformen diesbezüglich proaktiv vorbeugendes Verhalten gegen erwartbare Rechtsverletzungen und wirksames Handeln beim Auftreten von Rechtsverletzungen (im Rahmen des Möglichen). Verweigern sich diesbezüglich Plattformunternehmen, müssen sie rechtliche Sanktionen fürchten. Diese Entscheidung steht

in Einklang mit Erkenntnissen der ökonomischen Analyse des Rechts, wonach diejenigen Akteure unerwünschte kriminelle Handlungen bekämpfen sollen, die es relativ kostengünstig können. Dies bedeutet aber nicht, dass dies für Plattformunternehmen (wie Youtube) ohne spürbaren Aufwand möglich ist.

Bestehendes Recht durchsetzen

Grundsätzlich sind Plattformunternehmen wohlfahrtssteigernd, also eine Bereicherung für die Kunden, sofern die oben angesprochenen Probleme rechtlich gelöst werden können. Hierbei geht es weniger um die Notwendigkeit, neue Regulierungen zu kreieren, als vielmehr darum, bestehendes Recht anzuwenden und durchzusetzen.

Die Plattformlogik selbst besteht nicht selten darin, dass mit zunehmender Größe die Plattform für Kunden der Angebots- und Nachfrageseite immer attraktiver wird. Dieser Rückkopplungseffekt kann zu Marktmacht führen: Eine Plattform, die eine kritische Größe überschreitet, wird zum marktdominanten Akteur, der andere Wettbewerber verdrängt und gegebenenfalls seine Macht missbraucht. So hat zum Beispiel Amazon einen Marktanteil von knapp 40 Prozent am Onlinehandel in Deutschland, und Google hat im Suchmaschinenmarkt einen Marktanteil von über 90 Prozent weltweit.

Diese Zahlen bedeuten aber keinesfalls, dass unzufriedene Kunden nicht sehr einfach diese Unternehmen verlassen können. Insofern stehen auch diese Plattformakteure unter Wettbewerbsdruck. So war Yahoo Mitte der 1990er einmal eine dominante Suchmaschine, heute liegt der globale Marktanteil unter ein Prozent. Es kommt also auf die Wechselkosten der Kunden an, ob Marktmacht wirklich vorliegt. ■

„Was finden Sie gut an Deutschland? Was könnte man besser machen?“

Politik sollte sich auf ihre Kernaufgaben besinnen



Natalie Mekelburger
Geschäftsführerin von
Coroplast Fritz Müller

„ Deutschland hat eine bewährte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, einen starken, inhabergeführten Mittelstand, findige Ingenieure, einen verlässlichen Rechtsstaat, eine funktionierende Demokratie und einen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Auf diesem Fundament entstand unser Wohlstand. Doch dieses Fundament bröckelt. Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft werden seit Jahren missachtet, Unternehmer verzweifeln an schlechter werdenden Standortbedingungen und erheben dagegen noch zu zaghaft ihre Stimme, kluge Köpfe verlassen massenhaft unser Land, die Steuerungsüberforderung des Staates wird immer offensichtlicher, und ideologische Identitäts-, Klima- oder Migrationspolitik polarisiert die Gesellschaft. Besser könnte daher sein, dass die Politik sich auf ihre Kernaufgaben besinnt, statt Bürger und Unternehmen zu stark zu bevormunden, zu regulieren und zu belasten.

Das Ausland nimmt uns besser wahr als wir selbst



Hermann Simon
Gründer
Simon-Kucher & Partners

„ Bei der Frage, was gut an Deutschland ist, fallen zwei Diskrepanzen ins Auge. Erstens: Das Ausland nimmt uns weitaus besser wahr als wir uns selbst. Zweitens: Momentan und kurzfristig hat Pessimismus die Oberhand, bei langfristiger Perspektive sieht es wesentlich besser aus.

Im Sommer 2023 sind die Umfragen im Keller, der DAX bewegt sich hingegen auf einem Allzeithoch. Ich traue dem DAX mehr als stimungsabhängigen Umfragen. Einen starken Vertrauensbeweis bilden ausländische Investitionen, Tesla in Grünheide, der Batteriehersteller CATL in Thüringen, Intel in Magdeburg, TSMC in Dresden. Diese Großprojekte sind nur die Spitze des Eisbergs. In einem Treffen mit 100 chinesischen Autozulieferern sagten mir alle, dass sie in Deutschland investieren wollen.

Kurzfristig hat die deutsche Industrie große Probleme. Teilweise sind sie hausgemacht,

etwa das zögerliche Angehen der Elektromobilität. Oft sind exogene Ursachen wie der Ukraine-Krieg verantwortlich. Im Gegensatz zu vielen halte ich eine Deindustrialisierung für notwendig. Unser Industrieanteil ist im Vergleich zu anderen hoch entwickelten Ländern zu hoch. Stark umweltbelastende und energieintensive Industrien gehören an andere Standorte. Und wir brauchen die Freisetzung qualifizierter Arbeitskräfte für neue Branchen.

Das Land der mutigen Zukunftsgestalter



Christoph Werner
Vorsitzender der
Geschäftsführung dm

„ In Deutschland zu leben und Bürger dieses Landes zu sein ist für mich ein großes Glück. Mit seiner freiheitlichen demokratischen Grundordnung, unserem vorbildlichen Grundgesetz, das die individuellen Freiheitsrechte würdigt, der im Vergleich guten Infrastruktur und dem insgesamt guten Bildungsniveau bietet Deutschland generell jedem Menschen gute Voraussetzungen, um sein individuelles Lebensglück finden zu können. Wünschen würde ich mir für unser Land mehr öffentlichen Diskurs über die Rahmenbedingungen, die auch künftig eine moderne, liberale und lebendige Bürgergesellschaft der Initiative und Potenzialorientierung ermöglichen wird. Denn erst mit attraktiven Zukunftsbildern und realistischem Blick werden wir Veränderungen nicht mehr als Zumutung erleben, die es zu bekämpfen gilt, sondern als Aufbruch, der unternehmerische Kräfte in den Menschen mobilisiert. Damit wir kultivieren, was wir in unseren besten Jahren waren: ein Land der Dichter, Denker und der mutigen Zukunftsgestalter!

Ich erlebe andere Nationen viel optimistischer



Hansi Flick
Fußball-Bundestrainer

„In Deutschland sind wir in der glücklichen Lage, frei und selbstbestimmt in einer stabilen Demokratie leben zu können. Das weiß ich enorm zu schätzen und halte es keinesfalls für eine Selbstverständlichkeit. Wer wie ich durch den Fußball viel herumkommt, weiß, wie sehr wir darum in der Welt beneidet werden. Für eine offene Gesellschaft, die unter anderem von unseren vielen Vereinen getragen wird, die ihren Mitgliedern Gemeinschaft bieten und ihnen wichtige Werte für ein gutes Zusammenleben vermitteln. Nicht nur unsere mehr als 24 000 Fußballvereine in Deutschland, die im Kleinen so Großes leisten. Aber um im Fußballbild zu bleiben: In Deutschland neigen wir oftmals dazu, Niederlagen heraufzubeschwören. Wenn der Anpfiff ertönt, liegen wir gefühlt manchmal schon 0:2 zurück. Im Fußball genau wie in der Politik oder in der Wirtschaft. Da erlebe ich andere Nationen viel optimistischer, begeisterungsfähiger und unterstützender. Und darum beneide ich wiederum sie.“

Wir müssen entschlacken



Sarna Röser
Vorsitzende Verband Junger Unternehmer und Vorstandsmitglied Ludwig-Erhard-Stiftung

„Ich schätze an unserem Land den starken Mittelstand, der das Rückgrat unserer Wirtschaft bildet. Unsere Tüftler und Denker, die Macherinnen und Macher. Ich schätze unsere Werte und Traditionen – und die Soziale Marktwirtschaft, die un-

ser Land zu dem Wohlstand gebracht hat, in dem wir heute leben dürfen.

Derzeit sind wir mit enormen Herausforderungen konfrontiert, die von unserer Regierung falsch oder zu wenig angegangen werden. Das Gütesiegel „Made in Germany“ verliert seinen Wert, und Unternehmen wandern ab. Zu hohe Steuern und Abgaben, Bürokratiewirrwarr, Digitalisierungsflaute, Arbeits- und Fachkräftemangel, ineffiziente Maßnahmen beim Klimaschutz, Bildungsnotstand und, und, und.

Deutschland braucht einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort, weniger Staatseingriffe und wieder mehr Mut und Vertrauen in Wachstum und Innovation. Unser Land braucht eine Detox-Kur zum Entschlacken, um einen zukunftsfähigen Standort für die kommenden Generationen zu ermöglichen. Damit das gelingt, brauchen wir wieder mehr Pragmatismus statt Ideologie in der Politik!

Was fehlt, sind die Pionierunternehmer



Patrick Adenauer
Geschäftsführender Gesellschafter Bauwens und Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung

„Die Deutschen sind hervorragende Ingenieure und Meister der stetigen Verbesserung bestehender Technologien. Einmal etwas kapiert, laufen sie und sind zu immer neuen Rekorden fähig. Ein Beispiel ist der Verbrennungsmotor: Sie verbrauchen immer weniger Kraftstoff, stoßen immer weniger Schadstoffe aus und können immer umweltschonender produziert werden. Auch beim Setzen moralischer Standards und deren weitestgehender Einhaltung ist Deutschland ungeschlagen.“

Was fehlt, sind die Pionierunternehmer des letzten und vorletzten Jahrhunderts, auf deren Erfindungsreichtum unser heutiger Wohlstand beruht. Wo entstehen neue Märkte,

und wie bedienen wir diese? Beispiel Gentechnologie: Vertrieben aus Deutschland und der EU, verändert sie die Welt und das Leben von vielen Menschen zum Besseren. Statt Innovation und Unternehmertum zu fördern, regulieren wir beides kaputt.

Woran liegt das? Für meine Begriffe an dem romantischen Blick, mit dem die Deutschen auf die reale Welt schauen. Nicht sein kann, was nicht sein darf. Deshalb sind wir so anfällig für Heilsversprechen aller Art, die unter Ausblendung der Realität eine bessere und gerechtere Zukunft verheißen. Ich hoffe, wir lernen endlich aus der Vergangenheit.

Das beste Modell



Yasar Bilgin
Vorsitzender der Türkisch-Deutschen Gesundheitsstiftung

„Hinsichtlich des technischen Fortschritts und der gut funktionierenden staatlichen Institutionen stellt Deutschland das beste Modell dar. Neue Errungenschaften der Technik, Weiterentwicklungen der Infrastruktur und die soziale Absicherung werden für alle Bürger umgesetzt. Zugleich sind soziale Absicherung, Gesundheitsversorgung, Infrastruktur und technische Entwicklung auf einem hohen Stand sowie die demokratischen Strukturen hoch entwickelt und sicher.“

Deutschland ist somit ein Staat, in dem wir uns sicher fühlen können, gerade weil es eine stabile Demokratie gibt sowie ein dicht geflochtenes Netz an sozialer Absicherung. Allerdings sind der gesellschaftliche Zusammenhalt und unser persönliches Miteinander noch verbesserungswürdig. Ein gelungenes Miteinander bestimmt entscheidend unsere Lebensqualität. Das dürfen wir nie vergessen – auch wenn wir uns auf den Staat verlassen können. ■

Deutschland steht unmittelbar vor einem Alterungsschub

Die sogenannten Babyboomer überschreiten sukzessive die Altersgrenze. Wegen des Geburtenrückgangs ab 1965 geht die Zahl der Aktiven zurück. **Martin Werding** fordert deshalb eine Reform der umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme und deren kapitalgedeckte Ergänzung

Ende 2022 hat das Statistische Bundesamt eine aktualisierte Version seiner Bevölkerungsvorausrechnungen vorgelegt. Die Resultate fallen günstiger aus als bei früheren Berechnungen. Gründe dafür liegen in den Annahmen, dass zum einen die Nettozuwanderung anhaltend hoch bleibt und dass zum anderen der weitere Anstieg der Lebenserwartung schwächer ausfällt als bisher erwartet. Die erste Annahme ist plausibel, gestützt auf die Erfahrungen seit 2010 – aber nicht sicher. Die zweite Annahme könnte überzogen sein, weil sie kurzfristige Corona-Effekte in die Zukunft fortschreibt, bei denen es einen raschen Aufholeffekt geben könnte.

Ob die Wohnbevölkerung im Zuge des demografischen Wandels in Zukunft deutlich schrumpft, wie lange Zeitangenommen wurde, ist nach den aktuellen Vorausberechnungen nicht mehr klar. Sie könnte sogar langsam weiterwachsen. In einem Punkt sind die neuen Zahlen aber weiterhin ungünstig: Deutschland steht unmittelbar vor einem Alterungsschub, der auch langfristig – mindestens bis 2070 – nicht wieder abflaut. Das zeigen die Entwicklungen des demografischen Altenquotienten, die sich für die „mittlere Variante“ der amtlichen Vorausberechnungen ergeben sowie für die Extremvarianten einer „alten“ beziehungsweise „jungen“ Bevölkerung, die sich aus variieren-



Prof. Dr. Martin Werding lehrt Sozialpolitik und öffentliche Finanzen an der Ruhr-Universität Bochum und seit September 2022 Mitglied des Sachverständigenrates.

den Annahmen zu Wanderungen, Lebenserwartung und Geburtenzahl konstruieren lassen.

Die Zunahme des Altenquotienten setzt derzeit ein und dauert bis etwa 2035 – mit einer annähernden Verdopplung gegenüber dem Jahr 2000. In den neuen Berechnungen wird sie gedämpft, aber bei Weitem nicht ausgeglichen. Nur unter den günstigsten Annahmen geht sie im weiteren Verlauf wieder leicht zurück. Eher bleibt der Quotient anhaltend erhöht, unter ungünstigen Annahmen kann er sogar weiterhin steigen.

Ausgelöst wird der anstehende Schub der demografischen Alterung durch die geburtenstarken Jahrgän-

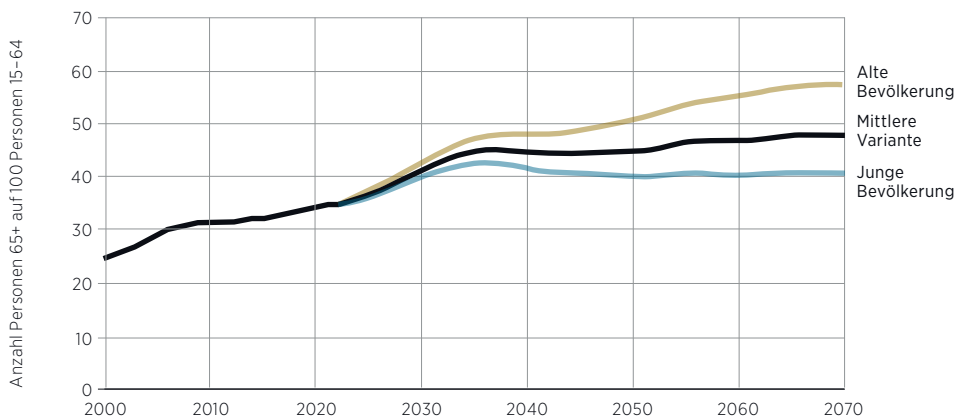
ge der 1950er und 1960er Jahre, die nun sukzessive die Altersgrenze bei 65 Jahren überschreiten. Diese „Babyboomer“ beschleunigen den Alterungsprozess aber nur. Tiefer liegende Ursache ist der schnelle und starke Geburtenrückgang, der sich in Deutschland zwischen 1965 und 1975 vollzogen hat. Hinzu kommen mehr oder weniger starke Effekte einer kontinuierlich steigenden Lebenserwartung, die allerdings erst für die Entwicklung nach 2035 eine größere Rolle spielen.

Alterungsschub war absehbar

Der Alterungsschub der nächsten zehn bis 15 Jahre ist seit Langem absehbar, spätestens seit erkennbar wurde, dass der Geburtenrückgang kein temporäres Phänomen ist. Er ist auch wesentlich ausgeprägter und zeitlich gedrängter als in den meisten anderen entwickelten Ländern. Im internationalen Vergleich ergibt sich daraus ein Nachteil Deutschlands in Bezug auf seine Wachstumsmöglichkeiten und seine Wettbewerbsfähigkeit.

Die Folgen der Alterung werden aktuell durch verbreitete Engpässe bei der Gewinnung von Fachkräften und selbst von weniger qualifizierten Arbeitskräften spürbar. Sie treffen jedoch auch die zukünftige Entwicklung der Finanzen der sozialen Sicherungssysteme, insbesondere der im Umlageverfahren, das heißt

Altenquotient Deutschland - Ist und Szenarios (2000-2070)



Quelle: Statistisches Bundesamt

aus Beiträgen der jeweils im Erwerbsleben stehenden Generation, finanzierten Sozialversicherungen. Am direktesten ist dabei die Rentenversicherung betroffen, weil die Anzahl der Rentnerinnen und Rentner nun deutlich zunimmt, während die Zahl der Erwerbstätigen schrumpft. Finanzielle Anspannungen zeichnen sich aber auch für die Kranken- und Pflegeversicherung ab, da deren Leistungen ebenfalls überproportional auf Personen im Rentenalter und eine ständig steigende Anzahl Hochbetagter entfallen.

Auf die Probleme für die Rentenfinanzierung hat die Politik im Lauf der Zeit immerhin schon mehrfach reagiert, mit Reformen Ende der 1980er und dann – in mehreren Einzelschritten – zwischen 2001 und 2007. Diese Reformen haben die Finanzierung des Systems jeweils für rund 15 Jahre gesichert. Für politische Entscheidungen zeugt das von relativ großer Weitsicht. Nun müsste aber dringend nachgelegt werden.

Bislang nur halbherzige Reformen

Als problematisch erweist sich insbesondere, dass die letzten größeren Reformen in einem zentralen Punkt zu halbherzig waren. Deutschland benötigt ein Alterssicherungssystem, das zu seinen demografischen Perspektiven passt. Die Beitragssät-

ze für die gesetzliche Rente bleiben für die jeweils Erwerbstätigen nur dann tragbar, wenn das Sicherungsniveau verringert und – über fortgesetzte Anpassungen des Renteneintrittsalters – die ständig steigende Rentenlaufzeit gedämpft wird. Vertretbar sind solche Reformen aber nur, wenn neben der umlagefinanzierten Rentenversicherung eine ergänzende, kapitalgedeckte Altersvorsorge aufgebaut wird.

Bis 2040 schwierige Kompromisse nicht zu umgehen

Die Einführung der Riester-Rente im Jahr 2001 hätte ein entscheidender Schritt in diese Richtung sein können. Aufgrund der dafür geltenden Regeln blieb die Verbreitung aber zu gering. Zudem hat sich die Riester-Rente als zu kompliziert erwiesen, und die damit erzielbaren Erträge sind zu niedrig. Zwar tragen auch Betriebsrenten und Immobilien zur ergänzenden Altersvorsorge bei. Trotzdem gibt es dabei eine Lücke,

die die neue Reformen erschwert. Ab sofort für bessere, weiter verbreitete Zusatzvorsorge zu sorgen entfaltet seine Wirkungen indes nur langsam. Für die Zeit bis dahin – ungefähr 2040 – sind schwierige Kompromisse, mit Belastungen für Junge und Alte, kaum noch zu umgehen.

Verschwendung beenden

Neben weiteren Rentenreformen müssen auch im Bereich der Kranken- und Pflegeversicherung endlich Schritte zur Bewältigung der demografischen Alterung eingeleitet werden. Hier gilt es als Erstes, die bestehende Verschwendung von Mitteln zu beenden, die aus einer ineffizienten Krankenhausstruktur, fehlender Zusammenarbeit zwischen stationärer und ambulanter Versorgung, falschen Anreizen der Honorierung und wenig zielgerichtetem Einsatz des knappen Personals resultiert.

Falls langfristig orientierte Reformen in allen diesen Bereichen ausbleiben, steigen die Beitragssätze der Sozialversicherungen in den nächsten Jahren unweigerlich immer weiter an. Das beeinträchtigt die Konkurrenzfähigkeit im Inland produzierter Güter und Dienstleistungen sowohl im Export als auch gegenüber Importen. Es macht aber auch eine Beschäftigung in Deutschland zusehends unattraktiver. ■

Altersvorsorge neu denken: Wohlstand fördern, Ungleichheit senken

Man muss die Altersvorsorge neu denken, fordert **Hans-Jörg Naumer**. Der Souverän würde gestärkt, wenn es ihm erleichtert würde, selbst Kapital zu bilden. Ganz nebenbei würde der „Wohlstand für Alle“ gefördert und die Ungleichheit vermindert

Die Vermögensungleichheit, gemessen am Gini-Koeffizienten, ist hoch in Deutschland. Beim privaten Geldvermögen pro Kopf liegen wir im Ländervergleich allerdings abgeschlagen auf Platz 19. Bei der Wohneigentumsquote hält die Bundesrepublik im EU-Vergleich sogar die rote Laterne. Es liegt somit einiges im Argen in unserem Land. Statt selbst Vermögen mittels privater Durchführungswege wie zum Beispiel in der betrieblichen Altersversorgung im größeren Stil aufzubauen, landen die Beiträge der Bürgerinnen und Bürger per Zwangssparen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Was dann noch übrig bleibt, wird - sicher ist sicher - überwiegend in wenig rentierliche Anlageformen gesteckt, wie die Geldvermögensstatistik der Bundesbank ausweist. Nur 13 Millionen der über 80 Millionen Menschen unseres Landes haben in irgendeiner Form Aktien.

Das ist fatal. Niemand braucht sich im Land der gesetzlichen Rentenbezieher, der Sparbuchbesitzer und Mieter darüber zu wundern, dass die Vermögensungleichheit und die Sorgen vor Altersarmut hoch sind, wie das Sozioökonomischen Panel (SOEP) ausweist. Die Deutschen arbeiten für ihr Geld, statt ihr Geld für sich arbeiten zu lassen.

In der jüngsten Dekade erzielten die Deutschen weniger als drei Pro-

zent per annum auf ihr Geldvermögen. In Finnland und den Niederlanden wurden über sechs Prozent erreicht. Wer die Wirkung von Zinsszinseffekt und Inflation kennt, weiß, was das bedeutet.

Dabei steht das Vertrauen in die gesetzliche Rente auf wackeligen Füßen. „Kinder bekommen die Leute immer“, stellte Konrad Adenauer bei der Einführung des Umlageverfahrens fest. Stimmt, aber eben nicht genug. Die Fertilitätsrate dümpelt seit Jahrzehnten um die 1,5. Während es immer weniger Junge gibt, werden die Alten immer älter. Anfang der 1970er lag die Dauer des Rentenbezugs für Männer



Dr. Hans-Jörg Naumer
ist Director Capital Markets & Thematic Research bei Allianz Global Investors.

bei 10,5 Jahren und für Frauen bei 13 Jahren. Heute liegt sie bei 19 und 22 Jahren. Durch den Pillenknick wurde der Generationenvertrag einseitig gebrochen. Es traut sich nur niemand, das zu sagen. Das „Methusalem-Komplott“ (Frank Schirrmacher) findet statt.

Daher gilt: Die Altersvorsorge muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden! Privater Vermögensaufbau statt Umlageverfahren. Souveräne Bürgerinnen und Bürger, die auf ihr Vermögen zurückgreifen können, statt Empfänger staatlicher Alimentierung zu sein. Als Antwort auf die Ungleichheit: Förderung der Vermögensbildung statt zunehmender Umverteilung.

Umstieg auf Kapitaldeckung

Die Aktienrente könnte einen wichtigen Beitrag dazu leisten, wenn sie denn so käme wie ursprünglich angedacht. Erinnerung wir uns: Zwei Prozentpunkte ihrer Rentenbeiträge sollten die Deutschen alternativ in einen privaten Durchführungswege einzahlen können. Ein wichtiger Schritt raus aus dem Umlageverfahren, rein in die Kapitaldeckung und den privaten Vermögensaufbau wäre gemacht.

Nach derzeitigem Diskussionsstand soll die Aktienrente zum einen aus schuldenfinanzierten staatlichen Hedgefonds gespeist werden. Damit birgt sie die Gefahr



Kurzfristig schwanken Börsenkurse. Das beunruhigt viele Anleger. Doch langfristig bringen Aktien hohe Renditen

des „shareholder socialism“ (Giacomo Corneo): Einführung des Sozialismus durch die Hintertür in Form staatlicher Beteiligungen an privaten Unternehmen.

„Wohlstand für Alle“ geht anders. Auch mit kleinen Beiträgen. Beispiel: Wäre es den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ermöglicht worden, über die vergangenen 30 Jahre monatlich 35 Euro in den Unternehmen des DAX anzusparen, und wären die Monatsbeiträge alle zehn Jahre um fünf Euro erhöht worden, so besäßen sie heute - rein rechnerisch - den DAX zur Hälfte. Sie hätten etwas über 16000 Euro eingezahlt bei einem Endvermögen pro Kopf (Arbeitslosigkeit und Renteneintritte berücksichtigt) von über 74000 Euro und einem gesellschaftlichen Gesamtvermögen von über 16 Milliarden Euro.

Ein Anfang für die Vermögensbildung und gegen die Ungleichheit wäre gemacht. Der Endbetrag mag nicht ausreichen für einen sorgenfreien Lebensabend, aber wenn man den Beschäftigten mehr Brutto vom Netto ließe, könnten sie auch

mehr sparen. Der DAX gilt dabei nur zur Illustration. Im Sinne der Diversifikation wäre ein breiter aufgestelltes Aktienportfolio sicherlich wünschenswert. Bei der Thesaurierung der Dividenden wurde unterstellt, dass die Kapitalerträge steuerfrei reinvestiert werden konnten. Doch auch mit Steuern sieht das Ergebnis ähnlich aus.

Investiere heute, entnimm und zahle Steuern morgen

Aber wäre nicht auch das ein Modell für die Altersvorsorge? Kapitalerträge, die erst bei Entnahme im Alter versteuert werden müssen? Wenn schon die Aktienrente - bestenfalls - zum Rohrkrepiere zu werden droht, warum nicht bei den dringenden notwendigen Reformen zur Altersvorsorge bestehende Durchführungswegen aufbohren?

Etwa eine Reform der Riester-Rente durch (auf Wunsch) Befreiung vom Renditekiller Beitragsgarantie. Dies wäre ein einfacher Schritt, um 16 Millionen Deutsche auf einen Schlag zu gewinnen, ohne dass noch ein weiteres Produkt auf die Wiese der Durchführungswegen der Altersvorsorge gestellt werden müsste. Ein derart neuer Riester könnte dann auch gleichzeitig der Nukleus für ein Altersvorsorgekonto werden, in das alle Beiträge fließen könnten. Einfaches Prinzip: Investiere heute, entnimm und zahle Steuern morgen.

Aber wird da nicht das Geld an der Börse „verzockt“?, lauten die besorgten Fragen. Investieren ist jedoch nicht spekulieren; langfristige Kapitalanlage ist kein schnelles Rein-raus. Und warum nicht ein Lebenszyklusmodell für das Vorsorge-sparen nutzen? Am Anfang ein hoher Aktienanteil mit einer hohen Renditeerwartung. Zur Rente hin weniger Aktien, weniger Schwankungen. Niemand müsste Angst vor einem Börsencrash bei Renteneintritt haben. ■

Die Tücken unserer Sondervermögen

In nur drei Jahren haben sich die in sogenannten Sondervermögen gebuchten Ausgaben auf 428 Milliarden Euro fast versechsfacht. **Reiner Holznagel** analysiert die Problematik der budgetflüchtigen Ausgaben und fordert eine konsequente Reform der Haushaltsführung

Wenn ich auf die Haushaltspolitik der Bundesregierung schaue, ärgert mich ein Phänomen besonders: Ich meine die Ausgaben jenseits des regulären Bundesetats. Technisch ausgedrückt: das große Wachstum der budgetflüchtigen Ausgaben durch sogenannte Sondervermögen.

Ein Blick in die Haushaltsrechnung des Bundes verrät: Im Jahr 2019 wurden rund 73 Milliarden Euro als Ausgaben in Sondervermögen verbucht, 2022 waren es knapp 428 Milliarden Euro - fast das Sechsfache nach nur drei Jahren. Diese Praxis stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Integrität und Transparenz der Haushaltsführung dar, untergräbt die demokratische Finanzkontrolle und kollidiert immer wieder mit der Schuldenbremse. Es ist höchste Zeit, die Problematik der Sondervermögen zu durchleuchten - und zu lösen.

Auf den ersten Blick hat die Idee von Sondervermögen etwas für sich: Der Gesetzgeber richtet separate Fonds ein, um ganz konkrete Vorhaben zu finanzieren. Auf diese Weise soll Geld wirksam verwendet werden. Doch verbergen sich hier ernste Probleme. Die Sondervermögen verletzen nämlich wesentliche Haushaltsgrundsätze - die Eckpfeiler verantwortungsvoller Haushaltsführung! Sondervermögen untergraben diese Grundsätze auf verschiedene Weise. Zwei Beispiele:

Erstens beschneiden Sondervermögen die notwendige Haushaltsklarheit. Denn Verwendung und Her-



Reiner Holznagel
ist Präsident des
Bundes der Steuerzahler
Deutschland e. V.

kunft von Haushaltsmitteln sollen klar ersichtlich sowie transparent und übersichtlich zu gliedern sein. Doch diese erforderliche Übersichtlichkeit ist durch inzwischen 29 Sondervermögen neben dem Kernhaushalt stark beeinträchtigt. In diesem Dickicht von Nebenhaushalten können Steuerzahler kaum noch nachvollziehen, wie ihr Steuergeld konkret eingesetzt wird.

Zweitens wird der Grundsatz der Haushaltswahrheit verletzt. Dieser besagt, dass die Einnahmen und Ausgaben eines Haushaltsjahres möglichst genau anzusetzen sind, um ein realistisches Bild der finanziellen Situation für das kommende Haushaltsjahr zu zeichnen. Selbst-

verständlich lassen sich, vor allem in unsicheren Zeiten, Schätzfehler und Abweichungen im tatsächlichen Haushaltsvollzug nicht vermeiden. Der Grundsatz der Haushaltswahrheit soll jedoch verhindern, dass Haushaltspolitik zu einer politischen Werbeveranstaltung wird, die wahre Sachverhalte mit Absicht verzerrt. Doch statt sorgfältig und zurückhaltend vorzugehen, hat sowohl die jüngste Große Koalition als auch die aktuelle Ampelregierung gigantische Sondervermögen geschaffen, um die Bürgerinnen und Bürger zu beruhigen und sich selbst zu profilieren. Dieses Vorgehen erschwert die Beurteilung der tatsächlichen finanziellen Situation des Staates immens.

Schließlich wecken Sondervermögen Begehrlichkeiten. Auch wenn die Zweckgebundenheit der Mittel gern als Vorteil dieses haushaltspolitischen Instruments angepriesen wird, erscheinen ihre Zwecke willkürlich. Denn obwohl der Zweck jedes einzelnen Sondervermögens in einem „Errichtungsgesetz“ fixiert wird, kann er über eine einfachgesetzliche Änderung unkompliziert angepasst werden.

Notlagen-Kreditspeicher

Im Zuge dessen betrachte ich den Trend, Sondervermögen als Notlagen-Kreditspeicher zu missbrauchen, mit Sorge - ich habe große verfassungsrechtliche Bedenken! Demnächst wird das Bundesverfassungsgericht über die Frage entscheiden,



Blick in eine Ladenkasse. So wie es keine Nebenkasse geben darf, sollte auch der Bundeshaushalt klar und wahr sein

ob das Parken von 60 Milliarden Euro Notlagenschulden im sogenannten Klima- und Transformationsfonds durch die Ampelkoalition unzulässig war. Das Urteil wird wegweisend für die Haushaltspolitik des Bundes und den künftigen Umgang mit Sondervermögen sein. Daneben wird deutlich: „Sondervermögen“ sind bei näherer Betrachtung oft „Sonderschulden“!

Mein Fazit: In Zeiten von Rekordschulden und Rekordzinsausgaben ist das Parken nicht genutzter Kreditermächtigungen das falsche Mittel, um eine „finanzpolitische Zeitenwende“ anzustoßen. Mit diesem Mittel entzieht sich die Politik ihrer Verantwortung, klare Prioritäten im Haushalt zu setzen. Dies wird vor dem Hintergrund explodierender Zinsausgaben zu einem besonderen Problem: Stand Ende Juni hat der Bund knapp 23 Milliarden Euro für Zinsverpflichtungen verbucht. Dazu zwei Vergleiche: Schon zu diesem frühen Zeitpunkt überstiegen die

Zinsverpflichtungen den gesamten für 2023 geplanten Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung - und sie übertrafen bereits die Zinsausgaben des gesamten Jahres 2022 um mehr als sechs Milliarden Euro.

Wir brauchen eine Reform der Haushaltsführung

Integrität der Haushaltsführung

Um die Problematik der budgetflüchtigen Ausgaben durch Sondervermögen zu lösen, brauchen wir eine Reform der Haushaltsführung! Der erste Schritt wäre der konsequente Abbau teils jahrzehntealter Sondervermögen. Konkret: Einige Zwecke, die Sondervermögen einmal zuge-

ordnet wurden, sollten zum Wohle der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit wieder in den Kernhaushalt integriert, andere hingegen ganz gestrichen werden. Der Bundesfinanzminister hat bereits hoffnungsvolle Signale gesendet: Demnach will er Sondervermögen schrittweise abbauen. Hier erwarte ich Taten bereits für den Bundeshaushalt 2024.

Insgesamt müssen wir als Gesellschaft wachsam sein und den wachsenden Trend zur Ausgabenflucht in Sondervermögen kritisch hinterfragen. Eine offene Diskussion über die Konsequenzen ist von entscheidender Bedeutung, um die Integrität unserer Haushaltsführung zu wahren und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere politischen Institutionen zu stabilisieren. Doch ich bin zuversichtlich: Durch eine transparente und verantwortungsvolle Haushaltsführung können wir eine gerechte Zukunft - und damit „Wohlstand für Alle“ - gestalten. ■

Die Soziale Marktwirtschaft muss nicht neu erfunden werden

Von Anfang an definierte Ludwig Erhard als tragende Säulen seines Gesamtkonzepts einer Wirtschaftsordnung das Wettbewerbs- und das Subsidiaritätsprinzip, erinnert **Roland Koch**. Alle aktuellen Herausforderungen können mit der Sozialen Marktwirtschaft bewältigt werden

Als Ludwig Erhard im Juni 1948 in einem mutigen Schritt die Währungsreform mit einer Wirtschaftsreform verband, deren Herzstück die Freigabe vieler Preise war, hatte er das Gesamtkonzept einer Wirtschaftsordnung vor Augen, die wir seitdem Soziale Marktwirtschaft nennen. Sein späterer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Alfred Müller-Armack, schrieb 1956 unter dem Eintrag „Soziale Marktwirtschaft“ im „Handwörterbuch der Sozialwissenschaften“, dass diese wirtschaftspolitische Gesamtkonzeption in erster Linie von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard entwickelt worden sei – eine bemerkenswerte Notiz und Hinweis auf die Bedeutung theoretischer Fundierung für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik im noch jungen „Wirtschaftswunder“.

Als Säulen der „Sozialen Marktwirtschaft“ sind das Wettbewerbsprinzip und das Subsidiaritätsprinzip zu nennen. Für Erhard war klar, dass, „wo kein Wettbewerb lebendig ist“, notwendig Stillstand eintritt, „der schließlich zu einer allgemeinen Erstarrung führt. Jedermann verteidigt dann gerade das, was er besitzt, d. h. er ist nicht mehr auf die für das Gedeihen der Volkswirtschaft so bedeutsame Steigerung seiner Leistungskraft bedacht.“

Das Anliegen Ludwig Erhards ging somit über die Umsetzung des un-



**Prof. Dr. h. c. mult.
Roland Koch,
Vorsitzender der
Ludwig-Erhard-
Stiftung**

mittelbaren Wettbewerbsgedankens hinaus. Der Fokus seines Denkens lag eben auch in der Nutzbarmachung des individuellen Strebens nach Erfüllung der eigenen Wünsche und Präferenzen für die Allgemeinheit, was mit dem bis heute populären Slogan „Wohlstand für Alle“ in griffiger Weise zum Ausdruck kommt. Das Streben nach Eigennutz kommt – im Rahmen der persönlichen Möglichkeiten – zugleich dem gesellschaftlichen Ganzen zugute, was die marktwirtschaftliche Konzeption zu einer Sozialen Marktwirtschaft werden lässt.

Dass das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft integral auch über ein System der sozialen Sicherung

für diejenigen Gesellschaftsmitglieder verfügt, die beispielsweise alters- oder krankheitsbedingt nicht am Wettbewerb teilnehmen können, ist selbstverständlich. Wesentlich ist dabei die subsidiäre Ausgestaltung, womit die zweite Säule der Sozialen Marktwirtschaft adressiert ist.

Subsidiarität in der Sozialpolitik

In Erhards Worten hat „der staatliche Zwangsschutz (...) dort Halt zu machen, wo der Einzelne und seine Familie noch in der Lage sind, selbstverantwortlich und individuell Vorsorge zu treffen“. Jede Leistung des mit dem Geld der Bürger finanzierten Sozialsystems kann nur eine Hilfe zur Selbsthilfe und keine Vollkaskoversicherung sein. Andernfalls besteht Gefahr, dass Leistungsanreize und Eigenverantwortung abgewürgt und der Bürger zum „sozialen Untertan“ wird.

Klar ist gleichwohl, dass es gerade dem marktwirtschaftlichen Einkommensprozess zu verdanken ist, dass die Sozialpolitik durch die im Wettbewerb erzwungene Produktivitätssteigerung über ein tragfähiges Fundament zur Korrektur der Einkommensverteilung verfügt. Erst der wirtschaftliche Erfolg ermöglicht ein leistungsfähiges Sozialsystem, wobei angesichts einer Sozialleistungsquote von aktuell ohnehin schon über 30 Prozent die

FOTO: DKE-FOTOS BY DIRK KOCH

Wirtschaftskraft nicht überbeansprucht werden darf.

Die Bedeutung von Subsidiarität ist nicht auf den Sozialsektor beschränkt. Vielmehr geht es ebenso um die Aufgabenteilung zwischen privatem und staatlichem Sektor sowie zwischen verschiedenen Ebenen der staatlichen Ordnung, was vor allem durch den Prozess der europäischen Integration und somit insbesondere im Verhältnis der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu zentralen Regelungskompetenzen in Brüssel Bedeutung erlangt. Subsidiarität bedeutet hier, dass das Tätigwerden der übergeordneten Ebene nur legitimiert ist, wenn die Ziele einer Maßnahme von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden können. Leider erleben wir zunehmend, dass dieser Grundsatz zugunsten zentraler Regelungen aus Brüssel in den Hintergrund gedrängt wird.

Mit Subsidiarität im organisatorischen Sinne ist zugleich das wesentliche Element einer Wirtschaftsordnung adressiert: Wer entscheidet über die Verwendung der Ressourcen? Eine staatlich-bürokratische Verwaltung, die glaubt, den Bedarf der Bürger ermitteln und entsprechende Produktionspläne erstellen zu können – oder zahllose Konsumenten und Produzenten, die mit individuellen Entscheidungen auf die Knappheitssignale freier Preise reagieren?

75 Jahre Soziale Marktwirtschaft

Alfred Müller-Armack wies stets auf das Erfordernis der „Marktkonformität“ für staatliche Maßnahmen hin. Zudem machte er deutlich, dass „alle zentrale Lenkung sucht (...), die Güterströme anders fließen zu lassen, als es dem Wunsch der Konsumenten entspricht.“ 75 Jahre Soziale Marktwirtschaft bedeuten deshalb

auch 75 Jahre politisches Ringen um das richtige Verhältnis zwischen Markt und Staat. Mancher Irrweg wurde in dieser Zeit beschritten, wie etwa mit der antizyklischen Globalsteuerung nach Erhards Rücktritt als Bundeskanzler im Jahr 1966, die sich später – wie von den Verfechtern marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik prognostiziert – als Machbarkeitsillusion herausstellte. Der Übergang zur Regierung unter Helmut Kohl brachte 1982 die dringend nötige Wende und Rückbesinnung auf den Vorrang für Marktprozesse und vor allem eine Konsolidierung der Staatsfinanzen.

Die Bundesregierung setzt heute auf Dirigismus und Bevormundung

Ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Subsidiarität waren im Weiteren die sozialpolitischen Reformen der Agenda 2010 unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, mittels derer mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abgefordert wurde – mit deutlich sichtbarem Erfolg vor allem in den Beschäftigtenzahlen. Diese Beispiele belegen, dass das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft im demokratischen Prozess anpassungsfähig ist und Kurskorrekturen zur Stärkung der marktwirtschaftlichen Kräfte möglich sind, was stets mit mehr wirtschaftlicher Dynamik belohnt wurde.

Heute stehen wir wieder vor wichtigen Entscheidungen: Schmerzhaft müssen wir feststellen, dass die Bundesrepublik im Jubiläumsjahr

der Sozialen Marktwirtschaft am Beginn eines Schrumpfungs- statt eines Wachstumsprozesses steht und erneut als der „kranke Mann“ Europas bezeichnet werden muss. Die Bundesregierung setzt – nicht zuletzt zum Erreichen der ohnehin ehrgeizigen Ziele zum Schutz des Weltklimas – auf Dirigismus und Bevormundung. Statt die zum Einsatz kommende Technologie zur beabsichtigten Reduktion des CO₂-Ausstoßes der Kreativität freier Unternehmer zu überlassen, macht die Politik kleinteilige Vorgaben.

Nicht herumdoktern

Diese Politik ist Teil der von der Bundesregierung avisierten „Großen Transformation“ und des Umbaus der Sozialen Marktwirtschaft zu einer „Sozial-ökologischen Marktwirtschaft“, der mit einer gefährlichen Regulierungswut in die privaten Lebensentwürfe der Bürger eindringt. Die beabsichtigte Anmutung, es handele sich nur um eine Anpassung der Sozialen Marktwirtschaft, ist angesichts des massiven Staatseinflusses eher ein Etikettenschwindel.

Von der Fortführung dieser Detailsteuerung ist dringend abzuraten, weil sie dem freiheitlichen Gedanken als dem Fundament unseres Gemeinwesens zuwiderläuft. Der Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft enthält mit Instrumenten, die nicht Verbote, sondern Anreize in den Vordergrund stellen, alles, was für ökologisch verträgliches und somit nachhaltiges Wirtschaften nötig ist.

Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass die Prinzipien von Wettbewerb und Subsidiarität in den vergangenen 75 Jahre ihre Sinnhaftigkeit und Tragfähigkeit eingebüßt hätten. Die Soziale Marktwirtschaft muss nicht neu erfunden werden. ■

„Es ist Ihr Job, einen Job zu finden“

Das hessische Modell des Existenzgrundlagengesetzes kann noch heute als Vorbild für eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft gelten. **Marcus M. Lübbering**, der damals in der Hessischen Staatskanzlei federführend an der Erarbeitung beteiligt war, stellt es vor

Die Chancen, die Menschen von der Wirksamkeit der Sozialen Marktwirtschaft zu überzeugen, stehen trotz des zunehmenden medialen Rufes nach staatlicher Hilfe in allen Lebenslagen und des wachsenden Staatsinterventionismus nicht schlecht. In Wahrheit weiß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, dass der Staat nicht mehr verteilen kann, als er seinen Bürgern abnimmt oder an Lasten auf zukünftige Generationen verlagert.

Sie weiß auch um die fatalen Folgen überzogener Detailregelungen, die private Initiative ersticken, wirtschaftliche Dynamik hemmen und am Ende unseren Wohlstand gefährden. Die Menschen wissen ebenso, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist und dass die Bürokraten in den Amtsstuben keine besseren Lösungen haben, als sie in den Unternehmen im Wettbewerb immer weiter erforscht und entwickelt werden: Am grünen Tisch ist noch keiner satt geworden!

Umso wichtiger ist es, anschaulich zur beschreiben, dass es ganz praktische positive Beispiele dafür gibt, wie ordnungspolitisch saubere Lösungen die Lebenswirklichkeit der Menschen eher zum Besseren verändern können als staatliche Detailregelungen. Ein Beispiel dafür ist die CO₂-Steuer: Sie hat das Zeug, den Siegeszug marktwirtschaftlichen Denkens und marktwirtschaftlicher Regelungen in der Umwelt- und Klimapolitik einzuleiten.



Marcus M. Lübbering war Planungschef der Hessischen Staatskanzlei. Heute Vorsitzender der Akademie Kloster Eberbach, **Geschäftsführer der Ludwig-Erhard-Stiftung.**

Wenn die Gesellschaft mehrheitlich der Ansicht ist, dass man entsprechende Emissionen vermeiden soll, dann kann dies über eine Steuer wie die CO₂-Bepreisung besser – womöglich sogar ohne Wohlstandsverluste – erreicht werden als durch Detailvorgaben, die bis in die Heizungskeller hineinreichen. Natürlich bedarf es, wenn die Preise durch die CO₂-Steuer (massiv) steigen, eines sozialen Ausgleichs. Aber wenn sich dieses Denken – Steuer und Ausgleich – durchsetzte, wäre das ein Durchbruch für die Soziale Marktwirtschaft.

Es gilt, weitere Beispiele herauszuarbeiten, bei denen Lösungsansätze im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft überzeugende Antworten auf die Alltagsprobleme und Sorgen

der Menschen geben. Dabei geht es durchaus auch darum, sich gerade derer anzunehmen, die als schwach gelten. Die Beurteilung der Sozialen Marktwirtschaft hängt ja nicht zuletzt auch davon ab, ob sie fair mit benachteiligten Gruppen umgeht; nur so behält sie ihr menschliches Gesicht.

Ein ganz wichtiger Bereich ist hier der Arbeitsmarkt. Auch dafür gibt es ordnungspolitische Ansätze, mit denen besser geholfen werden kann als mit staatlicher Alimentierung und am Ende Bevormundung. Aus diesem Grund lohnt sich der Rückblick auf die Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe vor 20 Jahren.

Aktivierung statt Alimentierung

In deren Vorfeld gab es eine heftige Debatte um den vom Land Hessen mit dem „OFFENSIV“-Gesetz eingeführten Grundsatz „Fördern und Fordern“, der aufgrund des erfolgreichen Einsatzes im US-Partnerstaat Wisconsin („Wisconsin Works – W2“) auch für Deutschland Richtschnur werden sollte. Es ging dabei um die Frage der Aktivierung vor allem von Langzeitarbeitslosen.

Damals gab es zwei Denkschulen: Die alte setzte eher auf staatliche Alimentierung, die neue auf die Aktivierung der Betroffenen. Der politische Kompromiss war das Hartz-IV-Modell, das dem deutschen Arbeitsmarkt in den Folgejahren einen spürbaren Aufschwung bescherte.

Inzwischen wurde zwar das sogenannte Bürgergeld eingeführt, es

gibt aber aus der damaligen Debatte nach wie vor marktwirtschaftliche Ansatzpunkte, die über die Hartz-IV-Regelungen hinausgehen und auch heute noch wegweisend sind.

Vor allem der vom Land Hessen erarbeitete Vorschlag eines „Existenzgrundlagengesetzes“ legte die Priorität auf das Einbringen der Fähigkeiten von Arbeitslosen, indem es klare Anreizstrukturen setzte.

Grundsatz 1: Jeder, der vom Staat Geld bekommt, muss dafür eine Form der Gegenleistung erbringen. Konsequenterweise war auch „gemeinnützige Arbeit“ ein Teil des Modells.

Grundsatz 2: Wer sich durch eigenes Bemühen Geld verdient, muss bessergestellt werden als jemand, der sich nicht aktiv einbringt. Daher sollte das Phänomen abgeschafft werden, dass Einkommen aus eigener Arbeit voll auf die staatliche Unterstützungsleistung angerechnet wurde („Sperrklinkeneffekt“). Positiv gewendet, muss am Ende jemand, der durch eigene Anstrengung brutto mehr verdient, schließlich auch mehr netto in der Tasche haben. Entsprechend wurde in Zusammenarbeit mit dem Ifo-Institut ein Tarif für den Hinzuverdienst konstruiert, der ausgehend vom verfassungsrechtlich vorgegebenen Existenzminimum eine klare und transparente Tarifstruktur vorsah und die Fehlanreize des bisherigen Systems beseitigt hätte.

Kommunale Zuständigkeit

Grundsatz 3: Die Übertragung der Zuständigkeit für die Betreuung der Langzeitarbeitslosen geht auf die Kommunen über. Nach den positiven Erfahrungen in den Niederlanden wäre dieser Schritt im Sinne gelebter Subsidiarität durchaus an der Zeit gewesen – freilich bei einer entsprechenden Umschichtung finanzieller Mittel.

Dass dies möglich gewesen wäre, zeigt das im Vermittlungsausschuss erstrittene Kompromissmodell der Optionskommunen. 69 Kommunen vor allem in Hessen und Niedersachsen übten die Option tatsächlich aus und übernahmen die Betreuung der Langzeitarbeitslosen in Eigenregie. Besonders durch die von vielen Optionskommunen eingeführten sogenannten „Werkakademien“ wurden gute Ergebnisse erreicht: Hier werden die Langzeitarbeitslosen intensiv betreut, und zwar nicht vornehmlich im Sinne einer Unterrichtung über ihre Ansprüche, sondern im Sinne der Aussage: „Es ist Ihr Job, einen Job zu finden! – Und wir tun alles, um Sie dabei zu unterstützen.“ Hier wird „Fördern und Fordern“ praktisch umgesetzt, viele Betroffene gleiten so aus der Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen in eine neue Freiheit.

Aus der Abhängigkeit von Transferleistungen befreien

Dass ein Teil der Arbeitslosen nicht die Voraussetzungen mitbringt, um bei der Suche nach regulärer Arbeit erfolgreich zu sein, muss natürlich auch berücksichtigt werden. Hier stellt sich die Frage, welche Rolle der Niedriglohnsektor künftig spielen soll.

Die Verfasser des hessischen Vorschlags waren der Auffassung, dass es immer einen gewissen Anteil von Menschen geben wird, die den Anforderungen des ersten Arbeitsmarktes nicht vollumfänglich gewachsen sein werden. Inso-

fern wurde eine Ausweitung dieses Sektors in Kauf genommen. Ihre Überzeugung war, dass es nicht zu einer Dauersubventionierung kommen würde, solange die Anreizstrukturen intakt blieben, sodass jeder eigenständig ein Einkommen erzielte, wie es seinen Fähigkeiten entspricht; der Rest würde ihm im Bedarfsfall durch Ergänzungsleistungen hinzugegeben. Wichtig ist, dass der Anreiz, berechenbar mehr zu verdienen, bestehen bleibt.

Hilfe zur Selbsthilfe

Alles in allem sind die damals vorgeschlagenen Grundsätze immer noch aktuell. Zwar befindet sich der Arbeitsmarkt heute in einer anderen Verfassung als vor 20 Jahren, aber es darf nicht in Vergessenheit geraten, dass sich gerade im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit längst noch nicht genug getan hat, um den Betroffenen wirksam Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Da in vielen Dienstleistungsbereichen, in denen nicht unbedingt eine höhere Qualifikation notwendig ist, wie zum Beispiel dem Hotel- und Gaststättengewerbe sowie im Einzelhandel und bei einfachen Hilfsdiensten für Handwerk und Industrie, ein drängender Arbeitskräftemangel herrscht, scheint es falsch, mit dem Bürgergeld weitere Ansprüche aufzubauen, die die Anreize zur Arbeitsaufnahme abschwächen.

Zweifellos bescherten die Hartz-Reformen dem deutschen Arbeitsmarkt Erfolge. Sie blieben aber auf halbem Wege stehen. Bei weiteren ordnungspolitischen Schritten gäbe es schon bald nachhaltige Erfolge. Wie sagte Ludwig Erhard 1965 so treffend: „Das Ziel umfassender Daseinsvorsorge lässt sich nur durch eine weitsichtige Strukturpolitik der Gesellschaft erreichen, nicht durch eine strukturlose Expansion sozialer Subventionen.“ ■

Wo bleibt die Subsidiarität?

Nach fast hundert Jahren ist es an der Zeit, sich nach dem Schicksal der Subsidiarität zu erkundigen, meint **Wolfgang Ockenfels**. Der Befund ist traurig. Subsidiäre Vermittlungsinstanzen gerieten zwischen die Mühlsteine der Individualisierung einerseits und eines staatlichen Zentralismus andererseits

Als die Subsidiarität von Papst Pius XI. in seiner Enzyklika „Quadragesimo anno“ 1931 lehramtlich als naturrechtliches Sozialprinzip formuliert wurde, galt dies als kritischer Einspruch. In diesen Jahren der Hochzeit für Kommunismus und Nationalsozialismus zerquetschten diese beiden zentralistisch-diktatorisch-antichristlichen Ideologien, die sich einander selbst revolutionär-gewaltsam gegenübertraten, das subsidiäre Prinzip.

Zwei deutsche Jesuiten, nämlich Gustav Gundlach und Oswald von Nell-Breuning, waren die Ghostwriter des päpstlichen Rundschreibens. Ihnen gelang es, das Prinzip der persönlichen Selbstverantwortung, der staatlichen Gewaltenteilung und der föderalen Dezentralisierung bis in das Grundgesetz hinein zu vermitteln. Freilich bedurfte es dazu der Hilfe der christlichen Sozialverbände, die damals noch tatkräftig wirkten und mit der CDU/CSU eng verbunden waren.

Noch Helmut Kohl hatte darauf bestanden, das Subsidiaritätsprinzip in europäischen Verfassungstexten zu verankern. Aber das ist schon lange her. Inzwischen hat sich die EU immer stärker zentralisiert und lässt die national-kulturellen Besonderheiten weithin außer Acht. Erschwerend treten Vorstellungen einer „neuen Weltordnung“ hinzu, welche in einem zentral-autoritären Weltstaat die Lösung universaler Probleme sehen.



Prof. Dr. Dr. Wolfgang Ockenfels ist Vorsitzender des Instituts für Gesellschaftswissenschaften Walberberg sowie Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung.

Dazu zählen inzwischen die durch Corona dramatisierten Gesundheitsprobleme, die angeblich nur durch einheitliche und zentrale Durchgriffsmöglichkeiten zu bewältigen gewesen seien. Und nun erwarten uns weltweite Maßnahmen gegen den Klimawandel, der jeden Ausnahmezustand rechtfertigen soll. Überdies bedrohen weltweite Wirtschaftskrisen und Kriege die Geltung subsidiärer Ordnungen.

Keine guten Zeiten also für die Subsidiarität. Sie wird weithin nicht mehr als Lösung, sondern als Ursache von Problemen wahrgenommen. Das wird schon durch eine sprachgewaltige öffentliche, öffentlich-rechtliche und staatlich-autoritäre Rhetorik offenbar, in der das Sprachartikelchen „durch“ domi-

niert. Durch und durch soll jetzt alles durchregiert und durchreguliert werden. Ein totalitäres Vokabular, das sich so aufbläht, als ob obrigkeitliche Notstandsgesetze dem ewigen Willen Gottes entsprächen.

Opportunistisches Schweigen

Über die Subsidiarität breitet sich ein Mantel des opportunistischen Schweigens. Aber dem Grundwert der personalen Freiheit und Eigenverantwortlichkeit, ohne den moralisches wie auch effizientes Handeln gar nicht möglich ist, entspricht gerade dieses Prinzip. Das Gemeinwohl ist also nicht zentralistisch, sondern so aufzubauen, dass daran alle Gruppen und Verbände, alle Länder und Staaten beteiligt sind. Wir benötigen diese intermediären Instanzen, die zwischen Individuen, Gruppen und Nationalstaaten vermitteln, erst recht für die internationale Entscheidungsfindung.

Als subsidiäre Vermittlungsinstanzen sind Familien, Unternehmen, Parteien, Verbände, Kirchen hierzulande weithin vereinnahmt worden. Sie gerieten zwischen die Mühlsteine der Individualisierung einerseits und eines staatlichen Zentralismus andererseits.

Strukturferne Moralisten und moralfreie Strukturalisten stehen einander verständnislos gegenüber. Diese folgen der Ideologie der Machbarkeit und zentralen Planbarkeit, während jene die persönliche Moral privatisieren und somit relativieren. Wo bleiben die Kirchen? ■

FOTO: PRIVAT



LUDWIG
ERHARD
STIFTUNG

Für Freiheit und Verantwortung

Altbundeskanzler Ludwig Erhard gründete 1967 die Ludwig-Erhard-Stiftung und gab ihr die Aufgabe, für freiheitliche Grundsätze in Wirtschaft und Politik einzutreten und die Soziale Marktwirtschaft wachzuhalten und zu stärken. Sie tritt politischem Opportunismus und Konformismus mit einem klaren Leitbild entgegen: Freiheit und Verantwortung als Fundament einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für den mündigen Bürger.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben ist die gemeinnützige Stiftung auf die tatkräftige und finanzielle Hilfe derer angewiesen, die sich Ludwig Erhard, seinen Ideen und seinem Werk verbunden fühlen. Durch Ihre Spende oder Mitgliedschaft im Freundeskreis ermöglichen Sie uns, weiterhin – unabhängig von Parteien und Verbänden – für Ludwig Erhards Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft zu werben und zu streiten.

SPENDENKONTO

IBAN: DE39 3807 0059 0027 2005 00
BIC: DEUTDE380 Deutsche Bank AG Bonn



Neid: Antrieb und Charakterschwäche

Der Neid gilt als eine der sieben Todsünden. Damit Neid nicht destruktiv wirkt, braucht es einen intelligenten Institutionenrahmen. Wie dieser aussehen sollte, damit die Charakterschwäche zur produktiven Triebkraft eines effizienten Wettbewerbs wird, untersucht **Ulrich Blum**

Historisch haben es Philosophie und Religion mit der Ökonomie nicht gut gemeint. Dem wirtschaftlichen Erfolg und den ihn befeuernden Willen zum Wettbewerb als eine anthropologische Konstante von Selektion und Reproduktion wurden früh mentale Fesseln angelegt. So war Hermes beziehungsweise Merkur nicht nur die Gottheit der Kaufleute, sondern auch der Diebe und Wegelegerer. Umgekehrt galt ein weiser Staatsmann in Rom als guter Bauer.

Die hier innewohnende Dichotomie war über Jahrhunderte bestimmend, ist kulturübergreifend und spiegelt sich beispielsweise auch in der chinesischen Philosophie wider. In der abendländischen Kultur standen die Kirchenväter der freien Wirtschaft besonders skeptisch gegenüber. So machte sich Thomas von Aquin in der „Summa Theologica“ (1273) Gedanken über die Grundlagen eines gerechten Preises und postulierte in diesem Zusammenhang das kanonische Zinsverbot, eine Art „Antriebsverbot“, welches das Ableiten des Menschen ins moralische Abseits verhindern sollte.

Hinter diesen Überlegungen stand eine durchaus zwingende Logik. Denn unter den Bedingungen einer stationären Wirtschaft ist das Mehr des einen das Weniger des anderen; alle Umverteilung findet als echtes Nullsummenspiel statt. Der dem evolutorischen Wettbewerbsalgorithmus innewohnende Drang des Rangstrebens und des



Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Blum
Geschäftsführer ITEL –
Deutsches Lithiuminstitut
GmbH. Er ist stellvertre-
tender Vorsitzender der
Ludwig-Erhard-Stiftung.

Vergleichens wurden daher rigorose Zügel angelegt.

Dies brach in der Neuzeit auf; zwar stand auch Luther noch in der alten Tradition, wie seine Schrift „Von Kaufhandlung und Wucher“ (1524) belegt; aber die Trennung von Kirche und Staat und Hinwendung zu einer Sichtweise, dass Erfolg im Diesseits ein Ausdruck von Gottgefälligkeit ist, gaben in Europa dem Erwerbsstreben Auftrieb und brachen die stationäre Wirtschaft auf.

Die Effizienz gesellschaftlicher Institutionen misst sich daran, wie sie mit dem, was als Neid offenbar wird, umgeht und wie sie ihn einhegt. Die Zehn Gebote im Alten Testament enthalten erste Hinweise, dass überbordender Neid Gesellschaften destabilisiert und daher

unterbunden – göttlich tabuisiert – werden muss. Viele weitere Beispiele aus der Bibel belegen dies: Neid wegen Ungleichbehandlung hat unter den Bedingungen der Gnade keinen Platz, wie das Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg (Mt 20, 1-16) ausführt. Den Kontrapunkt setzt das Gleichnis von den Talenten (Mt 25,14-30): Es fordert mit großer Deutlichkeit, dass Begabungen zu nutzen sind. In modernen Volkswirtschaften ist der Antrieb zu innovieren entscheidend für die soziale Stabilität, weil nur hierdurch weniger Begabte auch versorgt werden können.

In seinem Buch „Der Neid und die Gesellschaft“ schrieb Helmut Schoeck: „Ich glaube nämlich, zwei Tatsachen zeigen zu können: Einmal, dass der Neid viel universaler ist, als man bis jetzt meistens zugegeben oder auch nur gesehen hat, ja dass er jedes soziale Zusammenleben überhaupt erst ermöglicht. Zum anderen aber halte ich den Neid als unausgesprochenen und zugegebenen Angelpunkt der Sozialpolitik für viel zerstörender als jene eingestehen werden, die ihre Sozial- und Wirtschaftsphilosophie aus ihm herausgesponnen haben.“

Neid ist eine Erscheinung der sozialen Nähe, beispielsweise zwischen Nachbarn, also eine „rivalitas“, etymologisch ein Konflikt bei der gemeinsamen Nutzung eines Wasserlaufs, verallgemeinert zu „Nebenbuhler“. Dabei geht es nicht um absolute Unterschiede, sondern

um deren subjektive Wahrnehmung; der Neidische sucht nach Bestätigung seiner Neidsucht.

Für Helmut Schoeck ist Neiden eine frühe und unstillbare Antriebskomponente des Menschen, der deshalb sein Verhältnis zur Umwelt stets so organisiert, dass der Neid nicht zur Ruhe kommt. Wenn die eigene Position geringer ist als die subjektiv beanspruchte, entsteht Positionsneid. Dieser polarisiert: Soziale Reformen werden diesen Neid nicht verringern.

Je mehr man dem Neider durch Geschenke und Wohltaten den vermeintlichen Grund zum Neid nehmen will, umso stärker zeigt man ihm auch die Überlegenheit. Im schlimmsten Fall beneidet er dann den Charakter des Wohltäters, was die Möglichkeiten, Wohltaten auszuüben, begrenzt. Neider sind bereit, sich selbst zu schaden, wenn sie damit auch dem Beneideten Schaden zufügen können – Neid besitzt ein erhebliches Potenzial zur Selbstdestruktion. Dem entrinnen kann der Neider nur durch ein Besserein – und genau diesen Wettbewerb muss der Institutionenrahmen fördern.

Moralische Qualität des Handelns

Dann wird Neid zum wesentlichen Treiber der Wirtschaft; seine Bestätigung erfährt das mit Neid aufgeladene Individuum in einem betont auffälligen Konsumverhalten, eines Geltungskonsums, den Thorstein Veblen in „The Theory of the Leisure Class“ (1899) beschrieb.

Dieser birgt Gefahren für die scheinbar erfolgreich dem Neidregime Entkommenden, wie Armin Falk in dem Beitrag „Status Inequality, Moral Disengagement and Violence“ (2017) zeigt: Denn diese als Monstranz vorgetragenen Positionsunterschiede führten zu einer

moralischen Abkopplung, zu einem Rückgang an Fähigkeit, sich in die Lage des andern zu versetzen, und zur Verachtung der Schlechtergestellten, was bei diesen die Hemmung erodieren lässt, dem Beneideten Gewalt anzutun. Institutionell findet dies seine Entsprechung in klassenkämpferischen Attitüden von Gruppen und Parteien. Bescheidenheit des Erfolgreichen ist damit eine starke Voraussetzung für die Akzeptanz des Unternehmerbilds in der Öffentlichkeit.

Der Neid ist eine ebenso produktive wie zerstörerische Triebkraft

Sehr früh hat der Begründer der Nationalökonomie, Adam Smith, in seinen Werken „The Theory of Moral Sentiments“ (1759) und „Wealth of Nations“ (1776) die Frage nach der ordnungsethischen Basis der modernen Wirtschaft thematisiert. Der „impartial spectator“ hinterfragt die moralische Qualität wirtschaftlichen Handelns, die die Ungleichheit der Positionen und Begabungen durch Tausch zum Ausgleich bringen. Bei John Rawls wird in „A Theory of Justice“ (1971) ein „Schleier des Unwissens“ bemüht, Entscheidungen moralisch zu bewerten, weil den Handelnden zunächst nicht bekannt ist, welche wirtschaftliche Position sie haben werden.

Der Neid als ebenso produktive wie zerstörerische Triebkraft – was sind die Erkenntnisse für den Ord-

nungsökonom? Erstens sind das Streben nach Erfolg, damit auch Vergleich und Wettbewerb, evolutorische Prinzipien. Ob die Folgen für Individuum und Gesellschaft positiv oder negativ sind, entscheidet der institutionelle Rahmen. Dieser wiederum ist ebenfalls dem Wettbewerb ausgesetzt, und wie die Geschichte lehrt, wurden wirtschaftlich erfolglose Gesellschaftssysteme ebenso gnadenlos aussortiert wie erfolglose Unternehmen.

Institutionelles Einhegen

Zweitens wird die Fähigkeit zum institutionellen Einhegen des Neides damit zu einer wesentlichen Erfolgsgröße einer Gesellschaft, um die scheinbare Charakterschwäche des Menschen zu überwälzen. Sie darf die Anreize nicht schmälern, muss aber die zerstörerischen Wirkungen eines überbordenden Neides eliminieren.

Und drittens ist die Effizienz von Institutionen daran zu messen, inwieweit diese Mischung aus Anreiz und dessen Einhegung zu Wachstum und Wohlstand führt und inwieweit sich damit Möglichkeiten eröffnen, die Gründe für Neid zu verringern.

Das Ordnungskonzept der Sozialen Marktwirtschaft stellt einen wichtigen Rahmen bereit, diese Balance effizient zu verfolgen. Der Wettbewerb als eingehegte Rivalität ermöglicht niedrige Preise, hohe Qualitäten und erzwingt im Sinne des Rangstrebens Innovation. Damit wirft er für den Konsumenten soziale Erträge ab. Aber er federt auch die Menschen ab, die an ihm scheitern, in vorderster Front solche, die etwas gewagt haben. Denn oft hätten sich diese nicht dem Risiko des Wettbewerbs ausgesetzt, würde ihnen daraus die Existenzvernichtung drohen. ■

Soziale Marktwirtschaft

1948 – 2023



Jetzt mitmachen und gewinnen!

Füllen Sie den Coupon aus und senden Sie ihn an:

Ludwig-Erhard-Stiftung, c/o Holderstock Media GmbH, Seidlstr. 26, 80335 München.

Oder scannen Sie den QR-Code und beantworten Sie die Frage einfach im Internet.

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir als **Hauptpreis eine Reise nach Berlin** mit Übernachtung, einer Stadtrundfahrt und einer Begegnung mit einem Mitglied des Bundestags.

Daneben gibt es als Preise:

- 10 x das Buch „Wohlstand für Alle“ mit Nachwort von Roland Koch
- 15 x die Erstausgabe von „human“ – das Wichtigste über Künstliche Intelligenz
- 25 x ein Jahresabonnement des Finanzmagazins „Courage“



Einsendeschluss ist der 30.11.2023. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Gewinner werden bis zum 15.12.2023 benachrichtigt.

Viel Glück!

Frankfurt ist bzw. war der Sitz der
(kreuzen Sie alle richtigen Antworten an):

- Deutschen Bank
- Bank Deutscher Länder
- Deutschen Bundesbank
- Hessischen Landesbank
- Europäischen Zentralbank

Name

.....

Adresse

.....

.....

.....

Ja, ich will künftig den kostenlosen Newsletter der Ludwig-Erhard-Stiftung beziehen. Hier meine E-Mail-Adresse:

.....

Sind Sie vorbereitet?

»human« ist Deutschlands erstes Magazin, das sich schwerpunktmäßig mit den Auswirkungen der **Künstlichen Intelligenz** auf Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur beschäftigt.



Jetzt bestellen unter:
<https://courage-lesen.de/human/>

Geldanlage ist kein Sprint, sondern ein Marathon.

DJE – Dividende & Substanz: Seit 2003 unser
Langstreckenläufer unter den globalen Value-Aktiefonds.

➤ dje.de/dividende-und-substanz

Zur historischen
Wertentwicklung



Dies ist eine Marketing-Anzeige. Bitte lesen Sie den Verkaufsprospekt des betreffenden Fonds und das PRIIPs-KID, bevor Sie eine endgültige Anlageentscheidung treffen. Darin sind auch die ausführlichen Informationen zu Chancen und Risiken enthalten. Diese Unterlagen können in deutscher Sprache kostenlos auf www.dje.de unter dem betreffenden Fonds abgerufen werden. Eine Zusammenfassung der Anlegerrechte kann in deutscher Sprache kostenlos in elektronischer Form auf der Webseite unter www.dje.de/zusammenfassung-der-anlegerrechte abgerufen werden. Alle hier veröffentlichten Angaben dienen ausschließlich Ihrer Information, können sich jederzeit ändern und stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Historische Wertentwicklung ist kein Indikator für die zukünftige Wertentwicklung.